

## Xinjiang und die VR China: zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwest-Region

Wacker, Gudrun

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wacker, G. (1995). *Xinjiang und die VR China: zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwest-Region*. (Berichte / BIOst, 3-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49234>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
4	
1. Vorbemerkung	
.....	
6	
2. Geschichte und Geographie	
.....	
7	
3. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur	
.....	
10	
Tabelle 1: Bevölkerung Xinjiangs, Stand 1990.....	11
Tabelle 2: Entwicklung der Hauptbevölkerungsgruppen Xinjiangs.....	11
4. Wirtschaftsentwicklung	
.....	
13	
4.1. Wirtschaftsdaten der Region im Vergleich.....	14
4.2. Infrastruktur: Transport- und Kommunikationsverbindungen.....	17
4.3. Außenöffnung: "Großer islamischer Kreis" oder kleiner Grenzhandel?.....	19
5. Unruhe- und Konfliktpotential der Region	
.....	
22	
5.1. Manifestationen der Unzufriedenheit - interne und externe Aspekte	
.....	23
5.2. Ressourcenausbeutung.....	26
5.3. Religionspolitik.....	27
5.4. Bevölkerungspolitik.....	28
5.5. Lop Nor als Testgebiet für Nuklearwaffen.....	29
6. Resümee	
.....	
30	
Summary	

31. Dezember 1994

**Gudrun Wacker**

## **Xinjiang und die VR China**

Zentrifugale und zentripetale Tendenzen in Chinas Nordwest-Region

**Bericht des BIOst Nr. 3/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Der vorliegende Bericht versteht sich als Beitrag zur Diskussion der Frage, ob die Volksrepublik China in einem ähnlichen Auflösungsprozeß begriffen ist, wie er zum Zerfall der Sowjetunion geführt hat. Wachsende regionale Disparitäten und zunehmende Verselbständigung der Regionen infolge der Reformpolitik könnten zu politischen Loslösungsbestrebungen der wirtschaftlich am weitesten fortgeschrittenen Provinzen, aber auch der überwiegend von nationalen Minderheiten bewohnten Regionen an der Peripherie Chinas führen. Eine der größten und wichtigsten Gebietseinheiten ist in diesem Zusammenhang die Autonome Region Xinjiang-Uigur im Nordwesten des Landes.

#### *Ergebnisse*

1. Xinjiang liegt an der Nahtstelle zwischen China und Zentralasien. Dies gilt nicht nur im geographischen Sinne, sondern auch im Hinblick auf Geschichte und Bevölkerung. Bis in die 40er Jahre dieses Jahrhunderts wurde die chinesische Herrschaft über die erst Mitte des 18. Jahrhunderts von China eroberte Region immer wieder durch Versuche zur Errichtung eines unabhängigen "Ostturkestan" in Frage gestellt. Auch nach Gründung der Volksrepublik kam es periodisch zu Unruhen und Aufständen in Xinjiang.
2. Neben seiner strategischen Lage besteht die Bedeutung Xinjiangs aus der Perspektive Beijings in seinen reichen natürlichen Ressourcen - den landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bodenschätzen, insbesondere noch unerschlossenen Erdölvorkommen. Es dient außerdem als Ansiedlungsraum für Han-Chinesen aus den östlichen Ballungsgebieten; und schließlich befindet sich in Xinjiang das Atomtestgelände Lop Nor.
3. Die Bevölkerungsstruktur Xinjiangs ist ebenso komplex wie in den benachbarten zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion und zeichnet sich durch ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt aus: Mit Uiguren, Hui (chinesischen Moslems), Kasachen, Kirgisen, Usbeken und Tadschiken besteht die Bevölkerung überwiegend aus Muslimen, aber auch Mongolen sind relativ stark vertreten. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Zahlenverhältnisse erheblich zuungunsten der Minderheiten in der Region verschoben: Während Han-Chinesen 1949 noch weniger als 7% der Bevölkerung ausmachten, hat sich ihr Anteil mittlerweile auf fast 40% erhöht.
4. Seit Mitte der 80er Jahre bieten sich für die wirtschaftlich rückständige Region neue Möglichkeiten durch die Öffnung nach Westen hin, wodurch sich auch ihre Verhandlungsposition gegenüber Beijing verbessert hat. Xinjiang liegt bei wichtigen Wirtschaftsindikatoren zwar deutlich hinter den Küstenprovinzen, aber über dem Landesdurchschnitt. Unter Verweis auf

die schwierige ökonomische Lage und deren destabilisierende gesellschaftliche Auswirkungen hat die politische Führung der Region in den letzten Jahren mit Beijing stärkere Unterstützung für eine beschleunigte Entwicklung ausgehandelt.

5. Die Bemühungen konzentrieren sich auf die Bereiche Infrastruktur, Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen, den Auf- und Ausbau von Grenzübergängen sowie die Schaffung von Wirtschaftskooperationszonen. Mit diesen Maßnahmen sollen der Außenhandel der Region belebt und in- und ausländische Investitionen angezogen werden. Die Beseitigung der Engpässe im Verkehrs- und Infrastrukturbereich wird aber noch erhebliche Zeit und Mittel in Anspruch nehmen. Ob sich damit dann die hohen Erwartungen einer Öffnung Xinjiangs hin zu Zentralasien und zum Mittleren Osten erfüllen, bleibt abzuwarten.
6. Ein wesentliches Problem bei der Einschätzung separatistischer Kräfte im heutigen Xinjiang ist der Mangel an gesicherten Informationen über deren Stärke und Rückhalt in der Bevölkerung. Ohne Zweifel existieren aber eine Reihe permanenter Konfliktbereiche, an denen sich seit Beginn der 80er Jahre immer wieder Demonstrationen und Unruhen entzündet haben. Die chinesische Führung ortet die Drahtzieher separatistischer Aktivitäten vor allem in pantürkisch und panislamisch orientierten Gruppierungen in der Türkei und in den zentralasiatischen Republiken, wo auch eine große Zahl Uiguren lebt.
7. Die wichtigsten Problemfelder, die auch in Zukunft Unzufriedenheit unter den Minderheiten mit der chinesischen Herrschaft und Spannungen zwischen Minderheiten und Han-Chinesen hervorrufen werden, sind die Frage der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ohne angemessene Kompensation, Einschränkungen in der Religionsausübung, Familienplanung und Assimilierungsdruck durch den Zuzug weiterer Han-Chinesen sowie die nach wie vor in Lop Nor durchgeführten Atomtests. Ein deutliches Eintreten der politischen Führung für die Interessen der Region gegenüber Beijing ist nur im Hinblick auf die für die Wirtschaftsentwicklung zentrale Frage der Ressourcenausbeutung erkennbar.
8. Die mit Beginn der 80er Jahre eingeräumte größere Freiheit in der Religion und wachsender Spielraum in anderen Bereichen führt nicht zwangsläufig zur Verringerung des Konfliktpotentials und zur Schwächung zentrifugaler Kräfte. Angesichts der Bedeutung Xinjiangs aus Sicht der Beijinger Zentrale einerseits und der ethnischen Inhomogenität innerhalb der Region andererseits ist eine Durchsetzung von Unabhängigkeitsforderungen sehr unwahrscheinlich, solange eine einigermaßen funktionierende Partei bzw. Regierung über eine einsatzfähige Armee verfügt.

## 1. Vorbemerkung

Die Frage, ob die Volksrepublik China in einem ähnlichen Zerfallsprozeß begriffen ist, wie er zur Auflösung der ehemaligen Sowjetunion geführt hat, beschäftigt westliche Politikwissenschaftler, China-Experten und China-Beobachter.<sup>1</sup> Auch die Volksrepublik ist ein Vielvölkerreich, wenn auch der Anteil von Nicht-Han-Chinesen mit etwas über 8% weit niedriger liegt als der der Nicht-Russen in der früheren Sowjetunion. Obwohl die chinesische Führung einen anderen Weg der Reform eingeschlagen hat als die Parteispitze in der Sowjetunion, wirft der Ende der siebziger Jahre eingeleitete Wandlungsprozeß auch hier eine Reihe grundsätzlicher Probleme auf: wachsende regionale Disparitäten, ökonomisches Gefälle zwischen Küstenregion und Hinterland, regionaler und lokaler Protektionismus, schwindende Autorität und Legitimität der kommunistischen Partei und das Entstehen eines ideologischen Vakuums. Wie groß ist das politische und wirtschaftliche Durchsetzungsvermögen der Zentralregierung in Beijing noch angesichts der - von Beijing selbst initiierten - Dezentralisierung von ökonomischen Entscheidungsbefugnissen und dem sich damit herausbildenden Selbstbewußtsein der Regionen?

In dieser zunehmenden Verselbständigung der Regionen wird ein wesentlicher Faktor gesehen, der den territorialen Zusammenhalt Chinas latent bedroht. Dies könnte im Falle der wirtschaftlich am weitesten entwickelten und am stärksten mit dem Ausland verflochtenen Küstenprovinzen schließlich auch zur politischen Loslösung führen.<sup>2</sup> Im Falle der Minderheitengebiete an der Peripherie Chinas könnte sich, zusätzlich motiviert durch das Vorbild der neu gewonnenen staatlichen Eigenständigkeit nicht-russischer Völker der ehemaligen Sowjetunion, das vorhandene Unruhe- und Konfliktpotential zum Kampf für politische Unabhängigkeit ausweiten.

Eines der - auch von der chinesischen Führung - als "instabil" eingestuften Gebiete ist die Autonome Region [AR] Xinjiang-Uigur im Nordwesten Chinas, die mit einem Anteil von über 60% an Minderheitenvölkern<sup>3</sup> der zweiten oben genannten Kategorie zuzurechnen ist.

Geographisch liegt die AR Xinjiang an der Nahtstelle zwischen China und Zentralasien. Die wirtschaftlich gegenüber der chinesischen Ost- und Südküste rückständige Region ist seit Mitte der 80er Jahre, insbesondere seit dem Zerfall der Sowjetunion und der politischen Eigenständigkeit der zentralasiatischen Republiken mit neuen Möglichkeiten, aber auch mit neuen Problemen konfrontiert. Mit der erfolgten Öffnung über seine westliche Grenze hinaus hat sich nicht nur die Beziehung zu den Nachbarstaaten, sondern auch die Verhandlungsposition Xinjiangs gegenüber der Zentralregierung in Beijing verändert. Die verstärkten Außenkontakte der AR - von der Zentralregierung in Beijing durchaus mitgetragen und unterstützt - haben zu einer stärkeren Artikulation von Eigeninteressen und zu besseren Durchsetzungsmöglichkeiten gegenüber der Zentrale geführt. Aber auch der Ausdruck von Unzufriedenheit vor allem unter den Minderheiten hat sich mit dem größer gewordenen Freiraum intensiviert.

Der vorliegende Bericht geht zunächst kurz auf einige wesentliche Ereignisse in der neueren Geschichte und auf die geographischen und administrativen Grundzüge der Region ein. Bevölkerungsstruktur und ökonomische Situation Xinjiangs werden im dritten und vierten Teil dargestellt, wobei insbesondere die Position der Region zwischen Beijinger Zentrale und zentral-

---

<sup>1</sup> Siehe z.B. die Überlegungen in Gerald Segal: "China Changes Shape: Regionalism and Foreign Policy", *Adelphi Paper* 287 (March 1994).

<sup>2</sup> Die Argumente, die für und gegen dieses Szenario angeführt werden, diskutiert ausführlich Nelson Goodman: "Provinces Confronting the State?", *China Review* 1992, hg. von Kuan Hsin-chi und Maurice Brosseau, Hongkong 1992, S.3.1-3.19.

<sup>3</sup> Siehe dazu genauer unter 3. in diesem Bericht.

asiatischen Republiken behandelt wird. Der fünfte Teil beleuchtet innere und äußere Dimensionen des regionalen Konfliktpotentials. Auf diesem Hintergrund soll das Spannungsverhältnis und Wechselspiel von zentrifugalen und zentripetalen Tendenzen in der Region deutlich gemacht werden.

## 2. Geschichte und Geographie

Xinjiang nimmt mit 1,66 Mio. qkm ein Sechstel des heutigen chinesischen Territoriums ein. Geographisch wird die Region im Norden durch das Altai-Gebirge und im Süden durch die Gebirgsketten Karakorum, Kunlun, Altun und Pamir begrenzt. Das ebenfalls in Ost-West-Richtung verlaufende Tianshan-Gebirge teilt Nord- und Süd-Xinjiang. Nördlich des Tianshan liegt das Junggar-Becken, südlich das Tarim-Becken, dessen Mitte die größte Wüste Chinas, Taklimakan, einnimmt.<sup>4</sup> Obwohl die AR an die Provinzen Gansu und Qinghai sowie die Autonome Region Tibet angrenzt, war sie historisch von China her nur über den Gansu-Korridor zugänglich. Von Lanzhou, der Hauptstadt Gansus, verläuft heute auch die einzige Bahnstrecke nach Urumqi, von der unten noch ausführlicher die Rede sein wird.

Direkt an Xinjiang grenzen von Norden nach Süden die Mongolei, die Russische Föderation, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Afghanistan, Pakistan und Indien (bzw. Kaschmir). Die Gesamtlänge der Außengrenzen beträgt 5.400 km; damit teilt die AR die längste Grenze aller chinesischen Provinzen und Regionen mit anderen Staaten.

Das Gebiet Xinjiang hat für die Volksrepublik in mehr als einer Hinsicht strategische Bedeutung, die sich schon in der Vergangenheit häufiger als "mixed blessing" erwiesen hat:

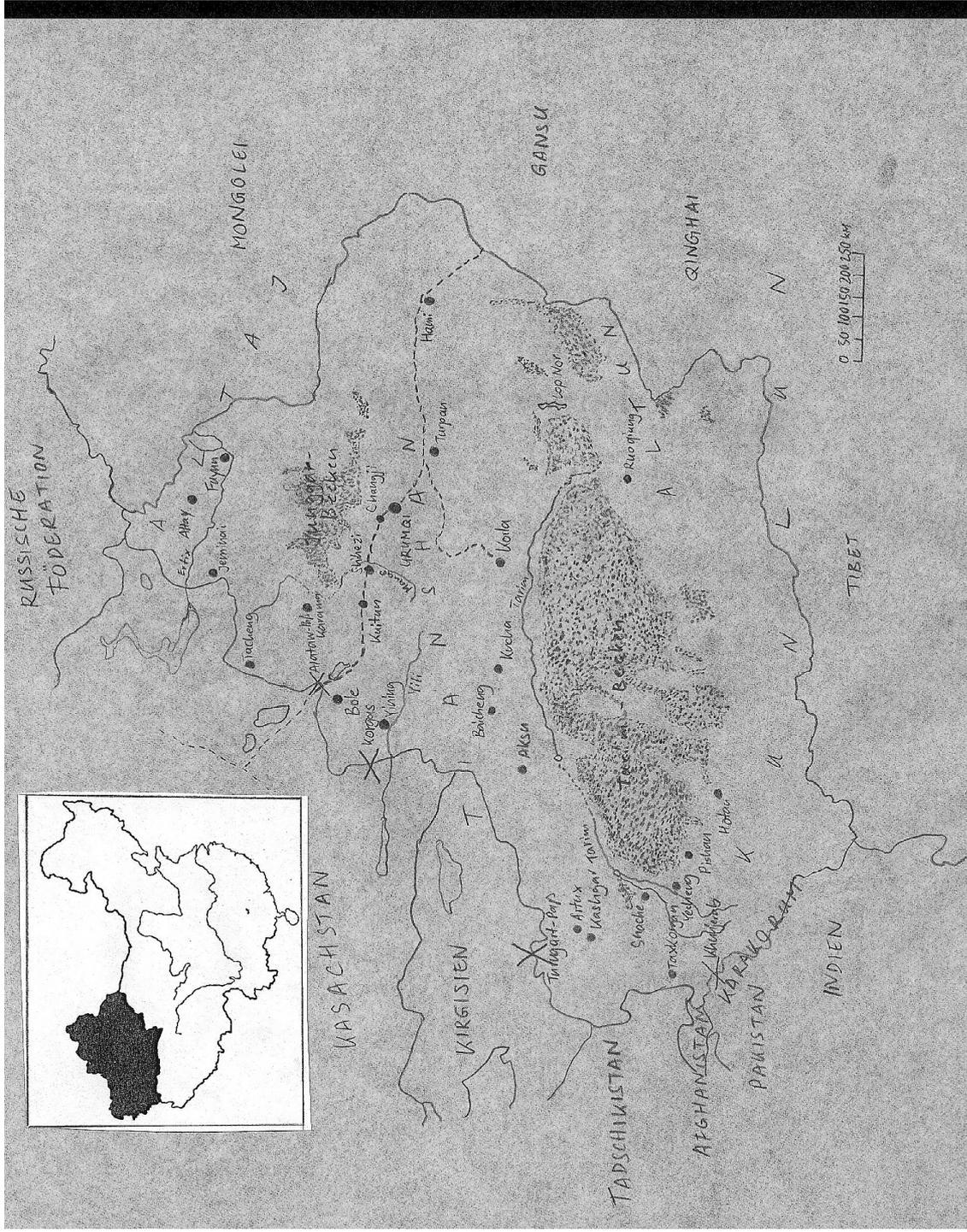
Xinjiang extends China's reach to the borders of the Middle East, and simultaneously serves as a security buffer to China proper. The region has historically shielded China from invasion from the Central Asian steppes [...]. Ironically, instability in the buffer zone itself has often drained China's resources or threatened China with contagion or conquest.<sup>5</sup>

Das kaiserliche China betrachtete das heutige Xinjiang zwar seit dem 2. vorchristlichen Jahrhundert als Teil des chinesischen Reiches, jedoch basierte diese Wahrnehmung über lange Zeiträume hinweg nicht auf einer tatsächlichen Kontrolle des Territoriums. Nachdem die Region in der Tang-Zeit (618-907) militärisch erobert, dann aber wieder verloren worden war, erfolgte eine stärkere Einbindung in den chinesischen Verwaltungsbereich erst wieder unter der Qing-

---

<sup>4</sup> Siehe dazu genauer Monika Schädler: *Provinzporträts der VR China. Geographie Wirtschaft Gesellschaft*, Hamburg 1991, S.338-339.

<sup>5</sup> Lillian Craig Harris: "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", *China Quarterly*, No.133 (March 1993), S.111-129; hier: S.115.



Quellen: Monika Schädlér: *Provinzporträts der VR China. Geographie Wirtschaft Gesellschaft*. Hamburg 1991, S.336 u.337, sowie A. Doak Barnett: *China's Far West. Four Decades of Change*, Boulder, San Francisco u. Oxford 1993, S.342.

Dynastie (1644-1911) in der Mitte des 18. Jahrhunderts. Den Namen Xinjiang ("Neue Grenze") erhielt die bis zu diesem Zeitpunkt als "Westliches Gebiet" [*Xiyu*] bezeichnete und wie eine Militärkolonie verwaltete Region im Jahr 1768.<sup>6</sup> Die Zugehörigkeit zu China war allerdings keine hundert Jahre später bereits wieder in Frage gestellt: Mit einer 1864 begonnenen Rebellion gegen die Mandschu-Herrschaft gelang es dem muslimischen Führer Jakub Beg, einem Abenteurer aus Khokand, von 1870 bis 1877 ein unabhängiges Turkestan zu errichten, das sich von Kashgar in Süd-Xinjiang bis zum Ferghana-Tal (heute zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisien geteilt) und über Teile Nord-Xinjiangs erstreckte. Großbritannien sah darin eine Möglichkeit, die russische Expansion nach Süden zu stoppen und erkannte die Herrschaft Jakub Begs an. Das zaristische Rußland wiederum nahm den Aufstand zum Anlaß, 1871 in das zu China gehörende Yili-Gebiet im Nordwesten Xinjiangs einzumarschieren, um damit seine eigenen Interessen in der Region gegen ein muslimisches Turkestan, aber auch gegen England zu schützen. Nach der erfolgreichen Rückeroberung des von Jakub Beg kontrollierten Gebietes und dessen Tod zog sich Rußland erst nach langen Verhandlungen mit China aus dem Yili-Tal zurück und ließ sich den schließlichen Abzug mit Handelsprivilegien und enormen Reparationen teuer bezahlen.<sup>7</sup> Als Konsequenz dieser Ereignisse bekam Xinjiang im Jahr 1884 den Status einer chinesischen Provinz und wurde damit regulärer Bestandteil des chinesischen Reiches.

Versuche zur Errichtung einer von China unabhängigen Republik Ost-Turkestan gab es aber auch in den dreißiger und vierziger Jahren dieses Jahrhunderts. Bei diesen Unternehmen hatte jeweils die Sowjetunion die Hand im Spiel. Sie gewann durch die den verschiedenen involvierten Seiten gewährte Unterstützung vor allem wirtschaftlichen Einfluß in der Region. Letztendlich war aber aufgrund der Uneinigkeit der lokalen Machtelite und dem politischen Eingreifen der Guomindang-Regierung bzw. dann der Volksbefreiungsarmee keiner dieser Unternehmungen längerfristig Erfolg beschieden.<sup>8</sup>

Auch in den Jahrzehnten seit Gründung der Volksrepublik China flackerten immer wieder Unruhen und Widerstand gegen die chinesische Herrschaft auf. So flohen im Jahr 1962 sechzig- bis achtzigtausend Uiguren und Kasachen aus Xinjiang in das angrenzende sowjetische Zentralasien. Die Gründe für diesen Exodus sind in der dem "Großen Sprung" folgenden Wirtschaftskrise, der Einrichtung der Volkskommunen und der Verschlechterung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses zu sehen. Es wird vermutet, daß diese Flucht mit sowjetischer Hilfe bewerkstelligt wurde.<sup>9</sup> Trotz der 1962 erfolgten Schließung der Grenzen zur Sowjetunion gab es während der Kulturrevolution erneut eine Flüchtlingswelle.<sup>10</sup>

Den Status einer Autonomen Region hat Xinjiang seit 1955. Damit hat die Regierung der Region zwar die Freiheit, staatliche Gesetze auf die lokalen Verhältnisse abzustimmen und insbesondere

---

<sup>6</sup> Die Jahreszahl 1768 für die Umbenennung nennt Immanuel C.Y. Hsü: *The Rise of Modern China*, London 1970, S.152 (Fn.32). Die meisten anderen Darstellungen datieren den neuen Namen der Region auf das Jahr 1884, in dem Xinjiang auch Provinzstatus erhielt.

<sup>7</sup> Eine knappe und gute Darstellung des Aufstandes und der anschließenden chinesisch-russischen Verhandlungen findet sich in Immanuel C.Y. Hsü: *The Rise of Modern China*, S.381-388. Siehe auch Oskar Weggel: *Xinjiang / Sinkiang. Das zentralasiatische China. Eine Landeskunde*, Hamburg 1984, S.23-27.

<sup>8</sup> Siehe dazu ausführlicher Oskar Weggel: *Xinjiang / Sinkiang. Das zentralasiatische China. Eine Landeskunde*, S.27-34.

<sup>9</sup> Siehe dazu June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", *The Pacific Review*, Vol.7, No.1 (1994), S.41-55; hier: S.48.

<sup>10</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", *China Quarterly*, 133 (March 1993), S.130-151; hier: S.136.

Entscheidungen im Bereich Sprachpolitik zu treffen. Dieser Autonomiestatus bedeutet aber kein wirkliches Recht auf Selbstbestimmung, ganz zu schweigen von politischer Eigenständigkeit.<sup>11</sup>

Bis 1985 war Xinjiang eine eigene Militärregion, dann wurde es im Zuge der Umstrukturierung und des personellen Abbaus in der Volksbefreiungsarmee [VBA] als Militärbezirk Teil der Militärregion Lanzhou.<sup>12</sup>

Über die strategische Lage der Region an der nordwestlichen Peripherie Chinas hinaus ist die Bedeutung Xinjiangs für die Volksrepublik China in einer Reihe weiterer Faktoren zu sehen, auf die in den folgenden Teilen des vorliegenden Berichtes noch im einzelnen einzugehen sein wird: Xinjiang ist reich an Bodenschätzen, insbesondere Kohle, Eisen und Buntmetallen. Es ist eines der Hauptanbauggebiete für Baumwolle, Ölfrüchte und Zuckerrüben. Vor allem aber werden die als sehr bedeutend geschätzten Erdöl- und Erdgasvorkommen in den drei Becken Tarim, Jungar und Turpan als wesentlich für Chinas künftige Wirtschaftsentwicklung betrachtet, da der Energiebedarf im Zuge der Modernisierung ständig steigt. Mit diesen natürlichen Ressourcen ist Xinjiang ein wichtiger Rohstofflieferant für Chinas Ostküste und wird noch wichtiger werden.<sup>13</sup> Aufgrund der mit ca. 9 Einwohnern pro Quadratkilometer dünnen Besiedelung ist die Region aber auch wichtig für die Umsiedlung von Han-Chinesen aus den Ballungsgebieten im Osten. Nicht immer erfolgt die Übersiedelung nach Xinjiang freiwillig: Mit einer ganzen Reihe von Arbeits- und Umerziehungslagern hat die Region die Funktion eines chinesischen Gulag.<sup>14</sup> Schließlich dient Lop Nor, ein ausgetrockneter See im Osten der AR, der VR China als Testgelände für Atomwaffen.

Aufgrund der genannten Faktoren kommt Lillian Craig Harris in ihrem Artikel über Xinjiang aus dem Jahr 1993 zu dem Schluß, daß eine freiwillige Aufgabe des Anspruchs auf die Region keine Handlungsoption für eine chinesische Regierung sei, die vorhat, an der Macht zu bleiben.<sup>15</sup>

### 3. Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur

Insgesamt sind siebzehn größere ethnische Gruppen in Xinjiang vertreten. Die ethnischen Minderheiten stellen zwar zusammengenommen noch die Bevölkerungsmehrheit in der AR, jedoch hat sich der Anteil der Han-Chinesen seit 1949 stark erhöht. Bei Gründung der Volksrepublik soll sich die Zahl der in Xinjiang lebenden Han-Chinesen auf unter dreihunderttausend belaufen haben; nach den offiziellen Volkszählungen waren es 1982 bereits über 5 Mio. und 1990 5,7 Mio.<sup>16</sup> Tabelle 1 zeigt die Bevölkerungsstruktur im Jahr 1990, Tabelle 2 die Entwicklung der Hauptbevölkerungsgruppen der Region seit 1949.

---

<sup>11</sup> Zu Theorie und Praxis der regionalen Autonomie in den 80er und Anfang der 90er Jahre sowie dem Gesetz zur regionalen Autonomie für Minderheiten von 1984 siehe Colin Mackerras: *China's Minorities. Integration and Modernization in the Twentieth Century*, Hongkong, Oxford, New York 1994, S.153-159.

<sup>12</sup> Siehe June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.48.

<sup>13</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.136.

<sup>14</sup> Siehe dazu z.B. den Bericht über eines der Umerziehungslager von Zhongguo Xinwen She, 27.9.94 nach *SWB FE/2114* (30.9.94), G/13.

<sup>15</sup> Lillian Craig Harris: "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", S. 116. Siehe dort auch eine Aufzählung von Faktoren, die Xinjiangs Bedeutung für China ausmachen (S. 115-116).

<sup>16</sup> Siehe Colin Mackerras: *China's Minorities. Integration and Modernization in the Twentieth Century*, S.253 (Tabelle 9.5).

**Tabelle 1: Bevölkerung Xinjiangs, Stand 1990<sup>17</sup>**

Uiguren	7.194.675	47,5%
Hui	681.527	4,5%
Kasachen	1.106.989	7,3%
Kirgisen	139.781	0,92%
Usbeken	14.456	0,09%
Tadschiken	33.512	0,22%
Russen	8.082	0,05%
Manzhou	18.403	0,12%
Sibe	33.082	0,22%
Dongxiang	56.464	0,37%
Mongolen	137.740	0,9%
Han-Chinesen	5.595.626	37,6%
Andere	19.037	0,12%
Gesamt	15,16 Mio.	100%

**Tabelle 2: Entwicklung der Hauptbevölkerungsgruppen Xinjiangs<sup>18</sup>**

Nationalität	1949	1953	1964	1982	1990
Uiguren	3.291.145 (75,95%)	3.607.609 (75,42%)	3.991.577 (54,91%)	5.955.947 (45,48%)	7.194.675 (47,47%)
Han	291.021 (6,71%)	332.126 (6,94%)	2.321.216 (31,93%)	5.286.532 (40,41%)	5.695.626 (37,58%)
Kasachen	442.655 (10,24%)	506.390 (10,59%)	489.261 (6,73%)	903.335 (6,91%)	1.106.989 (7,30%)
Hui	122.501 (2,83%)	134.215 (2,81%)	264.017 (3,63%)	570.789 (4,35%)	681.527 (4,50%)
Andere	185.078 (4,27%)	203.263 (4,25%)	203.996 (2,80%)	365.030 (2,84%)	476.961 (3,15%)
Gesamt	4.333.400	4.783.608	7.270.067	13.081.633	15.155.778

<sup>17</sup> Die Angaben basieren auf Thomas Hoppe: "Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang", *China aktuell* [Ca], Juni 1992, S.358-365; hier:S. 360.

<sup>18</sup> Die Tabelle wurde entnommen aus Colin Mackerras: *China's Minorities. Integration and Modernization in the Twentieth Century*, Hongkong: Oxford University Press, 1994, S.238. Die Angaben für das Jahr 1986 wurden aus Platzgründen weggelassen.

Die komplexe Bevölkerungszusammensetzung der Region kommt auch in der administrativen Gliederung Xinjiangs zum Ausdruck. Unterhalb der Regionsebene gibt es weitere autonome Verwaltungseinheiten, die sich jeweils auf bestimmte Ethnien beziehen. Insgesamt umfaßt die AR 8 Bezirke, 5 Autonome Bezirke und 3 bezirksfreie Städte; 13 kreisfreie Städte, 11 Stadtbezirke, 65 Kreise und 6 Autonome Kreise; 126 Kleinstädte, 677 Gemeinden und 41 Autonome Gemeinden. Von den fünf Autonomen Bezirken sind zwei (Bortala und Bayin Gol) den Mongolen zugeordnet und je einer den Hui (Changji), den Kirgisen (Kizilsu) und den Kasachen (Yili).<sup>19</sup>

Im Zusammenhang mit der größten Bevölkerungsgruppe Xinjiangs, den Uiguren, ist anzumerken, daß diese Bezeichnung zwar auf das uigurische Reich (745-840) in der nordwestlichen Mongolei zurückgeht, aber als Ethnonym in China erst seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts für die muslimischen Oasenbewohner des Tarim-Beckens benutzt und aus der Sowjetunion übernommen wurde, wo es seit den 20er Jahren auf Emigranten aus Xinjiang angewandt worden war.<sup>20</sup> Zuvor bezeichneten sich die "Uiguren" selbst nicht mit einem einheitlichen Begriff, sondern als Identifikationsrahmen diente ihnen ihre jeweilige Oase.<sup>21</sup> Die topographische Beschaffenheit der chinesischen NW-Region bedingte außerdem, daß traditionell Verbindungen und Kontakte weniger innerhalb Xinjiangs als vielmehr mit den jeweils angrenzenden Gebieten bestanden. Der Ausbau des Verkehrsnetzes in Xinjiang nach 1949 sowie die erzwungene Abschließung von den Nachbarrepubliken der Sowjetunion in den 60er Jahren haben diese Situation zwar ansatzweise verändert, durch die Öffnung der AR seit Mitte der 80er Jahre wurden aber auch die früheren Verbindungen und Orientierungen wiederbelebt.<sup>22</sup>

Im Unterschied zur ehemaligen Sowjetunion, deren Bevölkerung zu fast 50% aus Nicht-Russen bestand, machten die 55 offiziell anerkannten nationalen Minderheiten in der VR China im Jahr 1990 mit insgesamt 91,2 Mio. nur 8,04% der Gesamtbevölkerung aus. Davon werden zehn der islamischen Glaubensrichtung zugerechnet; dies sind Uiguren, Kasachen, Hui, Kirgisen, Tadschiken, Usbeken, Tataren, Sala, Dongxiang und Baoan. Nach der offiziellen Volkszählung von 1990 leben in der VR China insgesamt etwa 17,5 Mio. Muslime. Allerdings wird ihre Zahl in anderen Schätzungen mehr als doppelt so hoch angesetzt.<sup>23</sup> Alle zehn muslimischen Völker sind auch in der AR Xinjiang präsent. Mit einer beachtlichen Zahl von Kasachen und kleineren Gruppen von Kirgisen, Usbeken und Tadschiken sind in Xinjiang mit Ausnahme der Turkmenen damit auch alle Titularnationen der benachbarten zentralasiatischen Republiken vertreten - ein Faktor, der von politischer Bedeutung für die Beziehungen Chinas zu den zentralasiatischen Republiken ist.<sup>24</sup>

Die Mehrheit der Minderheitenvölker Xinjiangs sind turkischer Abstammung und sunnitische Muslime. Ausnahmen unter den Muslimen der AR bilden zum einen die Tadschiken, die zu den Pamir-Völkern gehören und der ismailitischen Glaubensrichtung anhängen, zum anderen die Hui, die als "chinesische" Moslems keine eigene Sprache haben und nur über ihre Religion als eigenes Ethnos definiert sind. Abgesehen von den Han-Chinesen ist die größte nicht-muslimische Minderheit, die in Xinjiang vertreten ist, die der Mongolen. Die Bevölkerungsstruktur der AR ist

<sup>19</sup> Eine genaue Auflistung enthält Monika Schädler: *Provinzporträts der VR China. Geographie Wirtschaft Gesellschaft*, Hamburg 1991, S.341-342.

<sup>20</sup> Siehe dazu Justin Jon Rudelson: "The Uighurs in the Future of Central Asia", *Nationalities Papers*, Vol.22, No.2 (1994), S.291-308; hier: S.291.

<sup>21</sup> Siehe Thomas Hoppe: "Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang", S.358-365; hier: S.361.

<sup>22</sup> Siehe dazu ausführlicher Justin Jon Rudelson: "The Uighurs in the Future of Central Asia", S.292-294.

<sup>23</sup> Siehe zu dieser Frage Lillian Craig Harris: "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", S.119 (Fn.26).

<sup>24</sup> Siehe dazu unten 5.1.

also keineswegs durch Homogenität gekennzeichnet und mindestens ebenso komplex wie in den angrenzenden zentralasiatischen Republiken. Diese Inhomogenität hat politische Implikationen insofern, als sie die Formierung einer gegen die Han-Chinesen gerichteten "Einheitsfront" wenn nicht ganz verhindert, so doch zumindest erschwert.

#### 4. Wirtschaftsentwicklung

Die mit dem 3. Plenum des 11. ZK im Dezember 1978 einsetzende Wirtschaftsreform sah die vorrangige Entwicklung der Küstenregionen Chinas vor. Durch diese "Küstenstrategie" wurden Binnen- und Hinterland benachteiligt, so daß ein immer stärkeres Entwicklungsgefälle zu verzeichnen war. Dies hatte einen desintegrativen Effekt auf die nationale Wirtschaft. Das Problem des wachsenden Gefälles zwischen Küstenregion und Hinterland wurde im Frühjahr 1988 auf dem Nationalen Volkskongreß (NVK) von Delegierten aus dem Nordwesten Chinas zur Sprache gebracht, verbunden mit der Forderung nach einer umfassenden Strategie zur Entwicklung dieser Gebiete.<sup>25</sup> Als Reaktion und Antwort auf die wachsenden ökonomischen Unterschiede waren von den aus ihrer Sicht stiefmütterlich behandelten Regionen schon seit Mitte der 80er Jahre eigene Konzeptionen und Vorschläge zur Ergänzung der Küstenstrategie erarbeitet worden, die vor allem auf eine stärkere außenwirtschaftliche Öffnung dieser Regionen zielten.

Im Falle der AR Xinjiang firmieren diese Konzeptionen unter den Schlagworten "Großer islamischer Kreis" und "doppelte Öffnung". Dabei ist mit dem erstgenannten Begriff der Aufbau von Verbindungen zu den zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion und zum Mittleren Osten hin gemeint. Diese wirtschaftliche Öffnung über die Westgrenze hinaus soll aber verbunden sein mit intensivierten ökonomischen Beziehungen zu den Küstengebieten im Osten, daher "doppelte" Öffnung.<sup>26</sup>

Darüber hinaus gibt es auch verstärkte Bemühungen zur wirtschaftlichen Kooperation zwischen den fünf Provinzen bzw. Autonomen Regionen im Nordwesten Chinas, d.h. zwischen Qinghai, Gansu, Shaanxi, Xinjiang und Ningxia. Beispielsweise trafen im August 1994 Gouverneure und Parteisekretäre der Nordwest-Gebiete in Xining (Qinghai) zusammen, und stellten dabei auch eine Reihe gemeinsamer Vorschläge an die Adresse der Zentralregierung in Beijing auf.<sup>27</sup> Häufig werden Delegierte der Nordwest-Regionen auch anläßlich des NVK gemeinsam von Vertretern des Staatsrates empfangen und tragen die Probleme ihrer Region vor.<sup>28</sup>

Gaye Christoffersen befaßt sich in einem 1993 erschienenen Artikel ausführlich mit der Frage, wie sich die Verhandlungsposition Xinjiangs gegenüber der Zentralregierung durch die Möglichkeit zum Aufbau eigener Wirtschaftsbeziehungen nach außen ("Großer islamischer Kreis") einerseits und den steigenden Bedarf an den Ressourcen der Region für Chinas ökonomische Modernisierung andererseits verändert hat. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß sich beide Faktoren positiv auf die Stellung Xinjiangs auswirken. Die transnationalen Kräfte in der Region, d.h. die wirtschaftliche Öffnung nach außen, haben nach Meinung Christoffersens aufgrund des

<sup>25</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.137.

<sup>26</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.146.

<sup>27</sup> Siehe dazu Willy Wo-Lap Lam: "Region in bold bid for riches", *South China Morning Post*, 23.8.1994, S.7; sowie "Treffen der Provinzfürsten Nordwestchinas: Eine neue Stufe des 'Regionalismus'?", *Ca*, August 1994, S.780.

<sup>28</sup> Siehe z.B. Xinhua, 14.3.94 nach *DW Monitor-Dienst Asien*, 17.3.94, S.4-5, wo über die Abwanderung von Fachkräften aus dem Nordwesten geklagt wird.

stärkeren ökonomischen Engagements der Zentrale letztendlich aber auch zu einer stärkeren Integration Xinjiangs in die nationale Wirtschaft Chinas beigetragen. Daß es den Vertretern der AR im Verhandlungsprozeß mit der Zentrale in den Jahren 1989 und 1990 gelang, Prioritätsstatus für Xinjiang im 8. Fünfjahrplan (1991 bis 1995) zu erreichen, sieht der Autor als ein wesentliches Resultat dieser Prozesse.<sup>29</sup>

#### **4.1. Wirtschaftsdaten der Region im Vergleich**

Trotz der verstärkten Bemühungen der Zentralregierung, die wirtschaftliche Entwicklung Xinjiangs voranzutreiben und zu unterstützen, wird das Problem des ökonomischen Rückstandes von der politischen Führung der Region auch weiterhin als gravierend dargestellt. Beispielsweise publizierte der damalige Parteisekretär der AR Xinjiang, Song Hanliang, im Dezember 1993 einen Artikel in der amtlichen Tageszeitung Xinjiangs, in dem er die wirtschaftliche Entwicklung der Minderheitengebiete als Wettlauf gegen die Zeit beschreibt. Einheit und Stabilität Xinjiangs seien nur deshalb noch nicht gefährdet, weil die Region zwar ärmer als andere chinesische Provinzen sei, aber in einer besseren Situation als die meisten angrenzenden Länder - d.h. die zentralasiatischen Republiken -, die sich derzeit in einer wirtschaftlich schwierigen Übergangsphase befänden. Durch die zu niedrigen Preise für Erdöl, Erdgas und Kohle in China seien Erzeugerregionen wie Xinjiang benachteiligt.<sup>30</sup> Auch der im Dezember 1993 neu gewählte Gouverneur der AR Abulaidi Amudurexiti (ein Uigure) beklagte in einem Interview das insgesamt niedrige Wirtschaftsniveau Xinjiangs - die Region müsse ihr Bruttosozialprodukt um 800% (!) steigern, wolle sie mit dem Rest Chinas gleichziehen.<sup>31</sup> Welchen Vergleichsmaßstab der Gouverneur zugrundegelegt hat, bleibt allerdings ziemlich unklar, wie die folgenden Ausführungen zeigen.

Wenn die Daten, die in den statistischen Jahrbüchern der VR China zusammengestellt sind, auch in vieler Hinsicht kritisch zu hinterfragen und mit Vorsicht zu behandeln sind,<sup>32</sup> so lassen sie doch Aufschlüsse über allgemeine Strukturen, Relationen und Tendenzen zu. Legt man die offiziellen Zahlen zugrunde, mit denen schließlich auch die politische Führung der Region selbst operiert, dann erweist sich die Behauptung des ökonomischen Gefälles bzw. des Rückstandes in bezug auf Xinjiang als relativ. Die Region liegt zwar beim Bruttosozialprodukt pro Kopf in der Tat hinter den wirtschaftlich führenden Gebietseinheiten, nämlich den drei regierungsunmittelbaren Städten Shanghai, Beijing und Tianjin sowie den Provinzen Guangdong,

---

<sup>29</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", insbesondere S.131 u. S.150-151. Die Entscheidung für eine forcierte Entwicklung gilt, wie z.B. aus einem Gespräch Li Pengs mit Vertretern der NW-Provinzen hervorgeht, für die gesamte Region NW-China. Siehe Xinhua, 7.6.92 nach *SWB FE/1403* (10.6.92), B2/3-4.

<sup>30</sup> Siehe Song Hanliang: "Nuli zuohao Xinjiang de wending he fazhan gongzuo" (Engagiert die Arbeit der Stabilität und Entwicklung Xinjiangs betreiben), *Xinjiang Ribao*, 11.12.1993, S.1-2; engl. Zusammenfassung auch in *SWB FE/1886* (4.1.94), G/8-11.

<sup>31</sup> Siehe Zhongguo Tongxun She, 2.3.94 nach *SWB FE/1938* (5.3.94), G/10-11.

<sup>32</sup> Zum Problem der statistischen Daten in China siehe die Einleitung in Carsten Herrmann-Pillath: "Schlüsselprobleme des chinesischen Kaderkapitalismus", *Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung*, No.131, 1993, S.41-50.

Tabelle 3: Strukturvergleich Xinjiang - China

		<b>Xinjiang</b>	<b>China</b>	<b>Anteil Xinjiangs %</b>	<b>Xinjiang (Yuan/Einwohner)</b>	<b>China (Yuan/Einwohner)</b>
<b>Bevölkerung 1991</b>	Mio.	15,60	1.158,20	1,35%		
<b>Bevölkerung 1992</b>	Mio.	15,81	1.171,71	1,35%		
<b>BSP 1991</b>	Mrd. Yuan	31,17	2.023,63	1,54%	1.998	1.747
<b>BSP 1992</b>	Mrd. Yuan	38,23	2.403,62	1,59%	2.418	2.051
<b>BSP/Beschäftigter 1992</b>					6.020**	4.044**
<b>Volkseinkommen (VE)</b>	Mrd. Yuan	25,24	1.655,70	1,52%	1.618	1.430
<b>VE aus Landwirtschaft</b>	Mrd. Yuan	10,91	526,90	2,07%	699	455
<b>Anteil LW an VE</b>	%	43%	32%			
<b>VE aus Industrie</b>	Mrd. Yuan	8,13	770,30	1,06%	521	665
<b>Anteil Ind. an VE</b>	%	32%	47%			
<b>Investitionen*</b>	Mrd. Yuan	17,18	785,50	2,19%	1.086	670
<b>privater Konsum</b>	Mrd. Yuan	15,66	924,40	1,69%	1.004	798
<b>Erwerbstätige gesamt*</b>	Mio.	6,35	594,32	1,07%		
<b>Erwerbsquote*</b>	%	40%	51%			
<b>Angestellte u.Arbeiter*</b>	Mio.	3,18	147,92	2,15%		
<b>Einkommen Ang. u. Arb.*</b>	Mrd. Yuan	8,56	393,92	2,17%	2.692***	2.663***

Anm: Während die Gesamtbevölkerungszahl auch die Soldaten umfaßt, sind diese in der Bevölkerungszahl der Region nicht enthalten; \* sind Angaben für 1992; \*\* BSP pro Erwerbstätiger; \*\*\* Einkommen pro Angestellter und Arbeiter (in dieser Kategorie sind z.B. Bauern nicht eingeschlossen).

Liaoning, Zhejiang und Jiangsu zurück, schneidet aber, wie Tabelle 3 zeigt, im Vergleich zu China insgesamt durchaus nicht schlecht ab.<sup>33</sup>

Diese allgemeine Aussage ist allerdings dahingehend einzuschränken, daß aus den Statistiken weder zu entnehmen ist, wie groß die Entwicklungsunterschiede *innerhalb* Xinjiangs sind, noch, wie sich Erwerbsmöglichkeiten, Konsum usw. auf die Bevölkerung verteilen, d.h. inwieweit die Minderheiten daran partizipieren. Nach einer neuen Untersuchung der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften liegt Xinjiang bei sozialen Entwicklungsstandards unterhalb des Landesdurchschnitts, aber nicht am unteren Ende der Skala.<sup>34</sup>

Aus den in Tabelle 3 aufgenommenen Daten geht hervor, daß Xinjiang nur bei zwei Merkmalen unter dem nationalen Durchschnittswert liegt: Zum einen ist dies der Anteil der industriellen Wertschöpfung. Darin spiegelt sich wider, daß die Anteile von Landwirtschaft und Industrie am Volkseinkommen in Xinjiang mit 43% und 32% in umgekehrter Relation zum Landesdurchschnitt (32% und 47%) stehen. Die Landwirtschaft ist also nach wie vor die Hauptbasis der Wirtschaft der Region. Unter dem landesweiten Mittelwert liegt die AR auch bei der Erwerbsquote. Die Statistik weist zwar eine höhere Arbeitslosigkeit ("auf Arbeit Wartende" in der offiziellen Sprachregelung) für Xinjiang aus als für China, ob dies allerdings der ausschlaggebende Faktor für die niedrige Erwerbsquote ist, oder ob dies nicht vielmehr mit der Altersstruktur der Bevölkerung Xinjiangs zu tun hat, muß aufgrund fehlender Daten offen bleiben.

Dagegen ist bemerkenswert, daß die AR sowohl beim Bruttosozialprodukt pro Kopf als auch beim BSP pro Erwerbstätigem über dem Landesdurchschnitt liegt. Außerdem fallen auch die Investitionen in der Region verhältnismäßig hoch aus, worin die oben angesprochene Prioritätsstellung der Region in der zentralen Planung und darin enthaltene Großprojekte - beispielsweise im Bereich Infrastruktur - zum Ausdruck kommt.

Wenn die Regierungs- und Parteispitze Xinjiangs, wie oben gezeigt, dennoch immer wieder das wirtschaftliche Gefälle samt den damit verbundenen Risiken für die gesellschaftliche Stabilität anspricht, so ist dies vor allem als Appell an die Zentralregierung zu verstehen, sich noch stärker für die Entwicklung dieser Gebiete zu engagieren, sei es durch höhere Investitionen der Zentrale in der Region, sei es durch die Genehmigung von Vorzugsregelungen wie Steuererleichterungen usw., die ausländische Investitionen in der Region attraktiver machen. Dieses Eintreten für die Interessen der eigenen Region ist offenbar unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit des jeweiligen Sprechers und entspricht dem Verhaltensmuster der Provinzführung, das auch für die wirtschaftlich fortgeschrittenen Gebietseinheiten gilt.<sup>35</sup>

Da eine umfassendere Darstellung und Diskussion der Wirtschaftssituation Xinjiangs in diesem Rahmen nicht möglich ist, soll im folgenden nur auf zwei Bereiche, die für die Situation der

<sup>33</sup> Die Angaben in Tabelle 3 entstammen Guojia Tongjiju [Statistikamt Chinas] (Hg.): *Zhongguo tongji nianjian 1993* (Statistisches Jahrbuch Chinas 1993), Beijing 1993. Für die Zahlen und Berechnungen wurde außer dem Jahrbuch auch Carsten Herrmann-Pillath: *Wirtschaftliche Entwicklung in Chinas Provinzen und Regionen: Ein statistisches Handbuch* zurate gezogen, das in Kürze in der *Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Köln bei Nomos (Baden-Baden) erscheinen wird. Ein Vergleich der Daten für 1991 und 1992 mit den entsprechenden Zahlen des Jahres 1987, der hier aus Platzgründen nicht aufgenommen werden kann, zeigt, daß sich die Gesamtlage Xinjiangs in den letzten Jahren verbessert hat.

<sup>34</sup> Dies ist zu entnehmen aus Xinhua, 11.12.94 nach *DW Monitor-Dienst Asien*, 13.12.94, S.3-4. Leider enthält die Meldung keine Angaben darüber, welche Indikatoren bei der Erhebung zugrundegelegt wurden.

<sup>35</sup> Zu diesem Schluß kommt auch Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.131. Diese Mittlerposition der Provinzfürher beschreibt auch Nelson Goodman: "Provinces Confronting the State?", S.3.11.

Region unter der eingangs dargestellten Fragestellung besonders relevant erscheinen, näher eingegangen werden, nämlich die Entwicklungen in der Infrastruktur und in der Außenöffnung.

#### **4.2. Infrastruktur: Transport- und Kommunikationsverbindungen**

Eines der größten Probleme, mit dem Xinjiang konfrontiert ist, besteht in der mangelhaften Infrastruktur der Region. Ein chinesischer Artikel aus dem Jahr 1993, der die Wirtschaftsentwicklung Xinjiangs und Kasachstans vergleicht, macht deutlich, wie unterentwickelt das Verkehrsnetz der AR ist: Bei 69% der Fläche Kasachstans kommt Xinjiang mit insgesamt 1343 km gerade auf 9,3% der Bahnstrecken der Nachbarrepublik. Und während Kasachstan 113.000 km Überlandstraßen besitzt, von denen 89.300 km einen harten Belag haben, umfassen die Überlandstraßen Xinjiangs ganze 25.425 km, davon 12.556 km mit festem Belag.<sup>36</sup> Um den enormen Engpässen im Verkehrs- und Transportnetz abzuweichen, wurden in den letzten Jahren verschiedene Großprojekte begonnen. Innerhalb der 8. und 9. Fünfjahrpläne (1991-1995 und 1996-2000) sollen diese Projekte abgeschlossen werden.

Ein wesentlicher Schritt wurde bereits im September 1990 durch die Fertigstellung des noch fehlenden Teilstücks der Bahnstrecke Urumqi-Almaty abgeschlossen. Diese Verbindungsstrecke war in den 50er Jahren (1954) als Teil einer internationalen Bahnverbindung zwischen der chinesischen Ostküste und Europa durch die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion geplant worden. Bis 1962 war der Abschnitt zwischen Lanzhou und Urumqi, der Xinjiang mit den Binnenprovinzen Chinas verbindet, fertiggestellt. Die Arbeiten an der Strecke zwischen Urumqi und dem Grenzpaß Alashan/Alataw zu Kasachstan wurden jedoch aufgrund der rapiden Verschlechterung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses 1961 eingestellt.<sup>37</sup>

Erst im Zuge der Entspannung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen wurde im Dezember 1984 der Bau dieser insgesamt 460 km langen Strecke zwischen Urumqi und Drushba beschlossen. Das Projekt wurde mit einem Kredit der Sowjetunion in Höhe von 80 Mio. US\$ finanziert, dessen Rückzahlung in leichtindustriellen Gütern erfolgen soll.<sup>38</sup> Zwischen Mai 1985 und September 1990 wurde in zwei Bauabschnitten (Urumqi-Wusu; Wusu-Alashankou) das Projekt abgeschlossen.<sup>39</sup> Der Transport von Fracht auf der Strecke begann im Juli 1991, der internationale Verkehr im Dezember 1992. Die Eisenbahnverbindung, die damit nun zwischen Lianyungang (Hafenstadt in der chinesischen Küstenprovinz Jiangsu) und Rotterdam verläuft, wird in der chinesischen Literatur als "Zweite eurasische Landbrücke" bezeichnet. Ihre Transportkapazität soll bei 10 Mio. t Fracht pro Jahr liegen, wird aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft.<sup>40</sup>

<sup>36</sup> Siehe Chen Shijiao: "Hasakesidan Gongheguo yu Zhongguo Xinjiang jingji fazhan de bijiao yanjiu" (Vergleichende Untersuchung der Wirtschaftsentwicklung der Republik Kasachstan und des chinesischen Xinjiang), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1993, No.2, S.48-53; hier: S.51.

<sup>37</sup> Siehe Deng Shaohui: "Xinjiang tielu shulun" (Schilderung der Eisenbahn Xinjiangs), *Xinjiang Daxue Xuebao*, Vol.22, No.2 (1994), S.55-61; hier: S.58.

<sup>38</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.143.

<sup>39</sup> Deng Shaohui: "Xinjiang tielu shulun", S.58.

<sup>40</sup> Siehe Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.143. Li Xialing: "Dui Ya-Ou di er daluqiao daidong Boertala jingji de sikao" (Überlegungen zum Aufschwung der Wirtschaft Bortalas durch die Zweite eurasische Landbrücke), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1992, No.4, S.29-33; hier: S.30 beziffert die geplante Kapazität ebenfalls auf 10 Mio. t, gibt aber die aktuelle Kapazität mit nur 5 Mio. t an.

Die chinesische Seite setzt in die Anbindung an die Bahnstrecken der zentralasiatischen Republiken (v.a. Kasachstans und Usbekistans) und der Russischen Föderation große Hoffnungen für die Erschließung neuer Märkte.<sup>41</sup> Ihr Interesse am weiteren Ausbau der transnationalen Verkehrsverbindungen und der Zusammenarbeit im Transportbereich dokumentieren die beteiligten Staaten durch multilaterale Gespräche: Im Oktober 1994 trafen sich die Eisenbahn- und Verkehrsminister der Russischen Föderation, der fünf zentralasiatischen Republiken und der VR China in Beijing, um über notwendige Maßnahmen zur besseren Nutzung und Auslastung der neuen eurasischen Landbrücke zu beraten.<sup>42</sup> Dem festgestellten Mangel an Kooperation und Abstimmung soll durch die Vereinheitlichung der Frachttarife und Vereinfachung der Zollabfertigung sowie technische Verbesserungen künftig abgeholfen werden.<sup>43</sup>

Ein wichtiges Projekt, das ebenfalls im Kontext der "eurasischen Landbrücke" zu sehen ist, wurde mit dem doppelgleisigen Ausbau der Strecke Lanzhou-Urumqi begonnen. Es sollte im September 1995 beendet werden<sup>44</sup>, die Fertigstellung erfolgte aber offenbar ein Jahr früher als geplant.<sup>45</sup> Um die Engpässe im Transportsystem der AR zu beseitigen, wird auch die "Süd-Xinjiang-Linie", die von der Strecke Lanzhou-Urumqi in der Höhe von Turfan nach Süden abzweigt und bislang nur bis Korla reicht, zunächst bis Kuche ausgebaut. Dies dient der Wirtschaftsentwicklung Süd-Xinjiangs und der Erschließung des Tarim-Beckens mit seinen Erdöl-Vorkommen. Bis zum Jahr 2000 ist dann die Verlängerung dieser Strecke bis Kashi/Kashgar und Hetian/Hotan<sup>46</sup> vorgesehen. In der weiteren Planung soll Kashgar mit Islamabad in Pakistan verbunden werden, was den Transport von Gütern nach Karachi oder über die Peschawar-Strecke nach West-Asien und in den Mittleren Osten ermöglichen würde.<sup>47</sup>

Einen positiven Beitrag leistet der Ausbau des Eisenbahnnetzes in Xinjiang, wie ein chinesischer Autor hervorhebt, nicht für die wirtschaftliche Entwicklung der Region, sondern auch für die Landesverteidigung, da mit der erfolgten Verlängerung der Bahnstrecke von Urumqi bis an die Grenze die Transportbedingungen und Truppenversorgung wesentlich erleichtert wurden<sup>48</sup> - ein Hinweis darauf, daß der Aspekt der Landesverteidigung (gegen mögliche äußere und innere

<sup>41</sup> Diese Hoffnungen schlagen sich auch in einer ganzen Reihe größerer Artikel zur "Zweiten eurasischen Landbrücke" nieder. Hier seien nur genannt Liu Jiajin: "Ou-Ya daluqiao de guantong dui kaifa Xibei ji Xinjiang de yingxiang" (Der Einfluß der Verbindung der eurasischen Landbrücke auf die Erschließung des Nordwestens und Xinjiangs), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1992, No.5, S.43-47; sowie Wu Zhangji: "Ya-Ou di er daluqiao daidong Xinjiang guoji jingji jishu hezuo fazhan de duice yanjiu" (Untersuchung der Maßnahmen zum Anstoß der Entwicklung internationaler ökonomischer und technischer Kooperation Xinjiangs durch die Zweite eurasische Landbrücke), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1993, No.5, S.47-58. In der letztgenannten Publikation wie auch bei Li Xialing finden sich allerdings auch Warnungen vor übertriebenen kurzfristigen Erwartungen.

<sup>42</sup> Siehe Xinhua, 26.10.94 nach *SWB FE/2139* (29.10.94), G/1-2.

<sup>43</sup> Siehe Liu Weiling: "Rail forum spotlights Eurasian locomotion", *China Daily*, 29.10.94, S.1.

<sup>44</sup> Siehe Jin Yunhui: "Jin yi bu kuoda duiwai kaifang, jiakuai Xibei guoji tongdao jianshe" (Die Öffnung nach außen weiter vergrößern, den Aufbau des internationalen Verkehrsweges im Nordwesten beschleunigen), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1993, No.1, S.1-7; hier: S.3. [Der Verfasser ist Vize-Sekretär des Parteikomitees der KP der AR Xinjiang.]

<sup>45</sup> Siehe Shu Lehe: "Lan-Xin tielu fuxian quanxian putong" (Gesamtstrecke des zweiten Gleises der Lan[zhou]-Xin[jiang]-Eisenbahn gelegt), *Xinjiang Ribao*, 17.9.94, S.1.

<sup>46</sup> Ortsnamen gibt der vorliegende Bericht in chinesischer Umschrift sowie, soweit dies möglich war, mit der in westlichen Atlanten üblichen Bezeichnung wieder.

<sup>47</sup> Siehe Liu Jiajin: "Jianshe da tongdao, fazhan da liutong, kaibi da shichang de jidian sikao" (Einige Überlegungen zum Aufbau großer Verbindungswege, der Entwicklung großer Zirkulation und der Erschließung großer Märkte), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1994, No.2, S.23-28; hier: S.24.

<sup>48</sup> Deng Shaohui: "Xinjiang tielu shulun", S.60.

Feinde) beim chinesischen Teil der "zweiten eurasischen Landbrücke" nicht völlig bedeutungslos ist.

Der Ausbau des Straßennetzes in Xinjiang wurde in den letzten Jahren ebenfalls vorangetrieben. Mit der Eröffnung des Karakorum-Highways besteht bereits seit Mai 1986 eine Landverbindung zwischen der AR und Pakistan.<sup>49</sup> Der Ausbau und die Erweiterung der Straßen innerhalb Xinjiangs konzentriert sich v.a. auf vorhandene Hauptverbindungen wie die Staatsstraße 312 (zwischen Urumqi und Yining) sowie auf die Grenzübergänge.<sup>50</sup> Nach den letzten Informationen sollen bereits 23 Zufahrtsstraßen an elf der zur Mongolei, Kasachstan, Kirgisien und Pakistan geöffneten Grenzübergänge existieren.<sup>51</sup>

Im Bereich der zivilen Luftfahrt wurde mit Erweiterungsbauten der Flughäfen Urumqi, Tacheng und Bole begonnen. Neue Flugverbindungen mit den Städten an der chinesische Ostküste sowie mit Hongkong und Tokyo sind im Gespräch oder wurden bereits eingerichtet.<sup>52</sup> Ebenfalls schon aufgenommen ist in Richtung Westen der Luftverkehr mit Kasachstan und Usbekistan, verhandelt wird aber auch über Flüge nach Rußland (Moskau und Petersburg), Turkmenistan, der Ukraine, Belarus, Tadschikistan, Kirgisien, nach Karachi und in die Vereinigten Arabischen Emirate.<sup>53</sup>

Neben diesen Erweiterungen der Verkehrsverbindungen ist noch ein ebenfalls bereits abgeschlossenes Projekt im Bereich Kommunikation zu erwähnen: Zwischen Xi'an, Lanzhou und Urumqi wurde, z.T. mit Hilfe von Arbeitseinsätzen von VBA-Soldaten, ein Glasfaserkabel verlegt, das die Kapazität für internationale Telefonate erheblich steigert.<sup>54</sup>

Obwohl in den letzten Jahren damit eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen wurden, um die Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen innerhalb Xinjiangs, mit dem übrigen China und mit den angrenzenden Ländern zu verbessern, wird dieser Bereich auf absehbare Zeit ein Engpaß bleiben, der die Wirtschaftsentwicklung der Region beschränkt. Da ein Großteil der Transporte von Produkten aus Xinjiang in das übrige China über die Eisenbahnverbindung Urumqi-Lanzhou abgewickelt wird, könnte außerdem für die Zukunft ein Konflikt zwischen internationalen und regionalen Transporten angelegt sein, der zur Zeit noch nicht zum Tragen kommt, weil der internationale Verkehr auf der "eurasischen Landbrücke" sich unterhalb ihrer Kapazität bewegt.

### **4.3. Außenöffnung: "Großer islamischer Kreis" oder kleiner Grenzhandel?**

Die Ausgangsbedingungen Xinjiangs für den Aufbau von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen gerade zu islamischen Ländern werden von chinesischer Seite als außerordentlich günstig beschrieben. Die lange Außengrenze der Region mit den zentralasiatischen Nachbarn, ihre traditionellen Verbindungen mit Südasien, Westasien und den arabischen Ländern sowie eine Reihe von auf die Blütezeit der Seidenstraße zurückgehender Berg- und Flußübergangspunkte

<sup>49</sup> Siehe Dru C. Gladney: "Transnational Islam and Uighur National Identity: Salman Rushdie, Sino-Muslim Missile Deals, and the Trans-Eurasian Railway", *Central Asian Survey*, Vol.11, No.3 (1992), S.1-21; hier: S. 5-6.

<sup>50</sup> Siehe Jin Yunhui: "Jin yi bu kuoda duiwai kaifang, jiakuai Xibei guoji da tongdao jianshe", S.3.

<sup>51</sup> Siehe Xinhua, 21.8.94 nach *SWB FEW/0352* (28.9.94), WG/9.

<sup>52</sup> Siehe Xinhua, 10.9.94 nach *SWB FEW/0351* (21.9.94), WG/8.

<sup>53</sup> Siehe Jin Yunhui: "Jin yi bu kuoda duiwai kaifang, jiakuai Xibei guoji da tongdao jianshe", S.3-4. In einer Meldung vom Mai 1994 wurden erste Flüge von Tianjin über Urumqi nach Moskau sowie von Urumqi nach Islamabad im Juni und Juli 1994 angekündigt. Siehe Xinhua, 8.5.94 nach *SWB FEW/0334* (25.5.94), WG/11.

<sup>54</sup> Siehe dazu u.a. Xinjiang Fernsehen, 7.6.94 nach *SWB FE/2020* (13.6.94), G/13-14; sowie "Glaskabelnetz zwischen Europa und Asien", *Ca*, August 1994, S.779.

sowie ethnische, sprachliche und religiöse Übereinstimmungen werden hier ins Feld geführt.<sup>55</sup> Die Ökonomien Xinjiangs und der zentralasiatischen Republiken werden als hochgradig komplementär vorgestellt:

Die zentralasiatischen Länder haben über lange Zeit eine Politik betrieben, die die Entwicklung der Schwerindustrie bevorzugte; Landwirtschaft, Leicht- und Textilindustrie sind ziemlich schwach. Bei uns dagegen ist die Verarbeitung von leichtindustriellen Produkten, Textilien, Gütern des täglichen Bedarfs und von Nahrungsmitteln ziemlich entwickelt. Bei manchen Produkten gibt es sogar Absatzschwierigkeiten, während sie sich in Zentralasien leicht verkaufen. Und wenn China dringend benötigte Rohstoffe und fortschrittliche Technologie wie Stahl, Bauholz, Maschinen, Geräte und anderes einkauft, kommt dies den Erfordernissen des Wirtschaftsaufbaus beider Seiten zugute.<sup>56</sup>

Da auf die allgemeineren Aspekte der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen China und den zentralasiatischen Staaten bereits an anderer Stelle eingegangen wurde,<sup>57</sup> konzentrieren sich die folgenden Ausführungen spezieller auf die Xinjiang und seine Außenöffnung betreffenden Punkte.

Ein Artikel von Ende 1993<sup>58</sup> zieht Bilanz über Stand und künftige Planungen im Bereich der Grenzübergänge, wobei deren Wichtigkeit für die Wirtschaftsentwicklung Xinjiangs aus ihrer Funktion als Durchgangsstationen und Knotenpunkte innerhalb der oben dargestellten Strategie der "doppelten Öffnung" unterstrichen wird. Der Aufbau der Grenzübergänge erfordert erhebliche Mittel v.a. im Bereich der Infrastruktur (Elektrizität, Straßenbau, Telefonleitungen etc.). Diese werden z.T. vom Staat und von der AR aufgebracht, z.T. aber auch durch Investitionen aus dem Ausland sowie von Kollektiv- und Privatbetrieben, letzteres v.a. im Dienstleistungsbereich.

Bereits im Jahr 1983 war im Zuge der Verbesserung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses der Grenzhandel zwischen Xinjiang und Zentralasien wieder offiziell erlaubt worden. Zwischen 1983 und 1991 gab es zunächst fünf Grenzübergänge bzw. Einreisehäfen: den Flughafen Urumqi, Hongqilafu/Khunjerab, Huoerguosi/Korgas, Tuergate/Turugart und Takeshiken. Bis Ende 1992 erhöhte sich die Zahl der offiziell genehmigten Übergänge auf vierzehn. Da die Mehrzahl davon an den Grenzen zu Kasachstan und der Mongolei liegt, beantragte die Regierung der AR mit Blick auf die Entwicklung Süd-Xinjiangs im Jahr 1992 die Öffnung weiterer Übergänge an den Grenzen zu Kirgisien und Tadschikistan, u.a. auch die Öffnung des Flughafens von Kashi/Kashgar.<sup>59</sup> Ob trotz der innenpolitischen Lage in Tadschikistan ein Übergang an der gemeinsamen Grenze geöffnet wurde, ist aus den vorhandenen Quellen nicht zu entnehmen.<sup>60</sup>

Insbesondere im Jahr 1992 hatte der Güter- und Personenverkehr an den Grenzübergängen Xinjiangs einen erheblichen Anstieg zu verzeichnen: Die Menge der transportierten Güter belief sich auf 1,51 Mio. t - gegenüber 1991 ein Zuwachs von 260%; die Zahl der Ein- und

<sup>55</sup> Siehe Sha Yuan und Tian Mo: "Zhongguo tong Yisilan guojia yu diqu fazhan jingji maoyi youhao jiaowang de xin jieduan" (Die neue Phase in der Entwicklung von Wirtschafts-, Handels- und Freundschaftskontakten zwischen China und den islamischen Ländern und Gebieten), *Minzu Yanjiu*, 1994, No.5, S.19-26; insbesondere S.24-26.

<sup>56</sup> Sha Yuan und Tian Mo: "Zhongguo tong Yisilan guojia yu diqu fazhan jingji maoyi youhao jiaowang de xin jieduan", S.25.

<sup>57</sup> Siehe Gudrun Wacker: *Die VR China und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Teil II: Die Beziehungen zu den Neuen Republiken (ohne Russische Föderation)*, (= *Berichte des BIOst*, Nr.12-1994) sowie Gudrun Wacker: *Neue "Seidenstraße" oder neues "Great Game"? Li Pengs Reise nach Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Kasachstan* (= *Aktuelle Analysen des BIOst*, Nr.32/1994).

<sup>58</sup> Zhang Handong: "Xinjiang kou'an xianzhuang yu fazhan qianjing" (Derzeitige Lage und Entwicklungsperspektiven der Grenzübergänge Xinjiangs), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1993, No.4, S.101-106.

<sup>59</sup> Siehe dazu Zhang Handong: "Xinjiang kou'an xianzhuang yu fazhan qianjing", S.102.

<sup>60</sup> Allerdings nennt der oben zitierte Artikel von Sha Yuan und Tian Mo ebenfalls vierzehn Grenzübergänge, was bedeutet, daß nach 1992 kein weiterer genehmigt wurde.

Ausreisenden erreichte ca. 500.000 und damit eine Steigerung von 286%.<sup>61</sup> Bedenkt man allerdings, daß kurz zuvor, wie oben erwähnt, die Bahnstrecke Urumqi-Almaty den Verkehr aufgenommen hatte, und beispielsweise mit Kasachstan noch kein Visazwang herrschte, erscheinen diese Steigerungsraten nicht mehr ganz so beeindruckend. Das Gesamtaußenhandelsvolumen der AR im Jahr 1992 - also im ersten Jahr nach der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Republiken - wird beziffert mit 737 Mio. US\$ (entspricht einem Zuwachs von 60,4% gegenüber 1991). Daran hatte der lokale Grenzhandel einen Anteil von 306 Mio. US\$ (2,24 mal mehr als 1991), also 41,5% des Außenhandelsvolumens der AR.<sup>62</sup> 1993 belief sich der gesamte Außenhandel der AR auf 912 Mio. US\$ (Zuwachs gegenüber 1992: +30%), wovon 570 Mio. US\$ auf den Grenzhandel entfielen (Zuwachs: +80%).<sup>63</sup>

Für 1994 liegen bislang für die Monate Januar bis Juli Zahlen vor: Das Außenhandelsvolumen der AR insgesamt betrug 440 Mio. US\$ - ein Minus gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres von 1,74%. Die Exporte hatten ein Volumen von 281 Mio. US\$ (-18,3%). Trotz des Rückgangs bezeichnet der stellvertretende Parteisekretär des Parteikomitees von Xinjiang, in dessen Artikel zur aktuellen Wirtschaftslage der Region sich diese Zahlen finden, die Entwicklung als positiv, da vor allem bei den Exporten der Handel gegen Devisen stark zugenommen habe, nämlich um 60,34%.<sup>64</sup> Klagen über ein sinkendes Volumen v.a. beim Grenzhandel gibt es bereits seit Mitte 1993. Für dieses werden u.a. die Abwertung des Yuan sowie die chinesische Zoll- und Steuerpolitik verantwortlich gemacht.<sup>65</sup>

Der Anteil des Außenhandels der AR Xinjiang am gesamten Außenhandel Chinas ist mit 0,4% noch immer sehr bescheiden.<sup>66</sup> Dennoch ist seine Bedeutung v.a. für die Entwicklung der grenznahen Gebiete nicht zu unterschätzen. Durch die Genehmigung des Staatsrates zum Aufbau von wirtschaftlichen Erschließungszonen in Urumqi, Kuitun und Shihezi sowie von Wirtschaftskooperationszonen an der Grenze in Yining, Bole und Tacheng, für die steuerliche Vorzugsregelungen gelten, haben auch ausländische Investitionen, v.a. aus Hongkong, in den letzten Jahren deutlich zugenommen.<sup>67</sup>

Der "Große islamische Kreis", wie er für die Entwicklung Xinjiangs propagiert wird, ist derzeit noch in einem embryonalen Stadium und mehr Zukunftsmusik als Realität. Die zentral-

<sup>61</sup> Zhang Handong, "Xinjiang kou'an xianzhuang yu fazhan qianjing", S.104. Abweichend hiervon gibt das Statistische Amt von Xinjiang den Güterumschlag an den Grenzübergängen im Jahr 1992 mit 1,3 Mio. t (2,1 mal mehr als 1991) an. Siehe Xinjiang Weiwuer Zizhiqu tongjiju [Statistisches Amt der AR Xinjiang-Uigur]: "1992 nian Xinjiang jingji xingshi pinggu ji jinhou hongguan tiaokong jianyi" (Bewertung der ökonomischen Lage Xinjiangs im Jahr 1992 und Vorschläge für die künftige Makrosteuerung), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1993, No.1, S.104-109; hier: S.104.

<sup>62</sup> Nach Xinjiang Weiwuer Zizhiqu tongjiju: "1992 nian Xinjiang jingji xingshi pinggu ji jinhou hongguan tiaokong jianyi", S.104.

<sup>63</sup> Siehe Xinjiang Fernsehen, 29.1.94 nach *SWB FEW/0320* (16.2.94), WG/4. Die Angabe über den prozentualen Anteil des Grenzhandels (68,3%) in dieser Quelle ist nicht konsistent mit dem Gesamtaußenhandelsvolumen.

<sup>64</sup> Siehe Keyoumu Bawudong [Keyum Bawudun]: "Xinjiang dangqian de jingji xingshi" (Die derzeitige Wirtschaftslage Xinjiangs), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1994, No.5, S.4-7; hier: S.5.

<sup>65</sup> Siehe z.B. Wen Maolin: "Dui Yili-zhou fazhan dibian maoyi de sikao" (Überlegungen zur Entwicklung des lokalen Grenzhandels im Bezirk Yili), *Xinjiang Daxue Xuebao (Zhaxue shehuikexue ban)*, 1994, No.3, S.8-9; hier: S.8.

<sup>66</sup> Siehe He Chongfu: "Fazhan Xinjiang duiwai maoyi he jingji hezuo de xin silu he xin jucuo" (Neue Gedanken und neue Handlungen zur Entwicklung des Außenhandels und wirtschaftlicher Kooperation in Xinjiang), *Xinjiang Shehui Jingji*, 1994, No.4, S.19-22; hier: S.19.

<sup>67</sup> Siehe u.a. Xinjiang Weiwuer Zizhiqu tongjiju: "1992 nian Xinjiang jingji xingshi pinggu ji jinhou hongguan tiaokong jianyi", S.104. Zu unterscheiden ist bei den Kooperationsprojekten mit ausländischen Firmen zwischen genehmigten Projekten und vertraglich festgelegten Vertragssummen einerseits und tatsächlich getätigten Investitionen andererseits.

asiatischen Staaten wollen jedenfalls auch mit anderen Provinzen in China Kooperations- und Handelsbeziehungen aufbauen und sich nicht auf Xinjiang beschränken. Mit dem Ausbau der Verkehrsverbindungen, der Förderung von Kooperationsprojekten mit dem Ausland usw. versucht China in Xinjiang die Voraussetzungen für eine weitere Öffnung über die Westgrenze hinaus zu schaffen. Ob sich damit die erhofften quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Außenöffnung der Region und die gewünschten Ergebnisse einstellen werden, bleibt abzuwarten.

## 5. Unruhe- und Konfliktpotential der Region

Es ist außerordentlich schwierig zu beurteilen, inwieweit Unruhen und Proteste, wie sie immer wieder aus Xinjiang berichtet werden, tatsächlich Ausdruck separatistischer Tendenzen sind, und welchen Rückhalt solche Aktionen in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen genießen. Während von offizieller chinesischer Seite üblicherweise darauf hingewiesen wird, es handle sich um "eine Handvoll" oder "extrem kleine Zahl" von Separatisten, stellen die Publikationen beispielsweise uigurischer Exilanten die Unabhängigkeit Xinjiangs verständlicherweise als Anliegen des gesamten uigurischen Volkes dar.<sup>68</sup> Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, mit der Einschränkung der religiösen Freiheit usw. und ihre Entladung in Demonstrationen sind nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit der Forderung nach politischer Loslösung - eine Differenzierung, die die chinesische Führung bei ihrer Reaktion auf Protestaktionen allerdings offenbar auch nicht zugrundelegt.

Die Spannungsfelder in der Bevölkerung Xinjiangs mit ihren verschiedenen Ethnien sind mit dem Gegensatz Han-Chinesen - Minderheiten sicher nicht erschöpfend beschrieben, sondern umfassen ein wesentlich größeres Spektrum. Zwischen den Minderheiten und innerhalb derselben Minderheit bestehen Unterschiede in Religion, wirtschaftlichen Interessen usw., die das Zustandekommen einer breiten "Einheitsfront" gegen die han-chinesische Herrschaft von vorne herein fraglich erscheinen lassen. Justin Rudelson identifiziert unter den Uiguren Xinjiangs Interessenunterschiede zwischen den uigurischen Intellektuellen, die sowohl gegen die Han-Chinesen als auch gegen den Islam eingestellt sind und sich eher an pantürkischen Vorstellungen orientieren, den Bauern und Händlern, die von den Wirtschaftsreformen profitiert haben, und ärmeren Bauern mit starken Bindungen an den Islam. Im Süden Xinjiangs (der Region um Kashgar) sind nach seiner Darstellung Tradition und Religion noch besonders stark verwurzelt.<sup>69</sup> Zudem manifestiert sich, wie Thomas Hoppe beschreibt, die Inhomogenität der Nationalitäten Xinjiangs in Gegensätzen zwischen muslimischen Minderheiten und Mongolen (die Schweinefleisch essen), zwischen turk-stämmigen Muslimen und "sinisierten" Hui etc.<sup>70</sup>

Trotz dieser Einschränkungen kann kein Zweifel daran bestehen, daß in der nordwestlichen Grenzregion Chinas verschiedene permanente Konfliktbereiche existieren, an denen sich immer wieder kleinere und größere, gegen die offizielle chinesische Politik gerichtete Unruhen entzünden. Diese Problemfelder betreffen nicht allein die Volksrepublik China, sondern haben zusätzlich transnationale Dimensionen und Implikationen, insbesondere in bezug auf die zentralasiatischen Nachbarstaaten.

<sup>68</sup> Siehe dazu auch die Untersuchung von Takashi Sugimoto: *The Political Stability of Ethnic Regions in China. A Methodological Study*, Tokyo: International Institute for Global Peace, April 1993 (= Policy Paper 105E), insbesondere die Einleitung S.1-3.

<sup>69</sup> Siehe Justin Jon Rudelson: "The Uighurs in the Future of Central Asia", S.297.

<sup>70</sup> Siehe dazu Thomas Hoppe: "Die chinesische Position in Ost-Turkestan/Xinjiang", S.361.

### 5.1. Manifestationen der Unzufriedenheit - interne und externe Aspekte

Berichte über Demonstrationen, Protestaktionen und Anschläge in Xinjiang aus den letzten Jahren finden sich nicht nur in der Presse außerhalb Chinas, sondern durchaus auch in den chinesischen Medien. Separatistische Aktivitäten in Xinjiang werden von der Führung in Beijing und in Urumqi selbst als "Hauptgefahr für die Stabilität" der AR bezeichnet, insbesondere nach dem Zerfall der Sowjetunion.<sup>71</sup>

Die Quelle dieser Gefahr wird von chinesischer Seite im Wirken sowohl innerer als auch äußerer Kräfte geortet, wobei letzteren die Hauptlast der Verantwortung zugewiesen wird. An äußeren Kräften, die auch im Kontext des Pan-Turkismus<sup>72</sup> und des Pan-Islamismus gesehen werden, identifiziert ein 1992 erschienener Artikel:

1. Die in der Türkei konzentrierte Gruppierung [um] Aisha [Isa Yusuf Alptekin]. Diese Kräfte schwenken seit vielen Jahren das Banner der Nationalität und Religion, führen spalterische Aktionen durch, geben reaktionäre Publikationen heraus und propagieren panislamische, pantürkische und ostturkestanische Ideen. 2. Separatistische Kräfte mit dem Führer Ziya Saimaiti [Zija Samedi] in der zentralasiatischen Region der Sowjetunion. Diese Kräfte schwingen das Banner der "nationalen Unabhängigkeit" und der "ethnischen Selbstbestimmung", verzerren die Geschichte, verbreiten Gerüchte und werfen mit Dreck, sie bringen Zwietracht in die Nationalitäten, schüren anti-han-chinesische Gefühle und spalten die Nationalitäten. 3. Religiöse Kräfte vertreten durch die "Allianz der islamischen Welt". Ihr festgesetzter Kurs ist es, aus Xinjiang "Ostturkestan" zu machen. Der Generalsekretär der "islamischen Allianz" Muhammode Nasaier Aibudi [Mohammed Nasser Aibudi?] hat öffentlich erklärt: "Ostturkestan lebt unter

<sup>71</sup> Siehe z.B. Wang Enmao in *Xinjiang Ribao*, 1.11.90 nach *SWB FE/0928* (22.11.90), B2/13; sowie *Renmin Gongan Bao*, 25.1.94, S.3 nach *SWB FE/1912* (3.2.94), G/11.

<sup>72</sup> Zu den Ursprüngen des Pan-Turkismus siehe Serge A. Zenkovsky: *Pan-Turkism and Islam in Russia*, Cambridge, Mass. 1960 (insbesondere Kap. 3, S.24-36 und Kap.4, S.37-54):

Als geistiger Vater des Pan-Turkismus gilt der russisch erzogene Krim-Tatar Ismail bey Gasprinsky (1851-1914), der von zwei intellektuellen Strömungen der damaligen Türkei geprägt war: Zum einen der Bewegung der Jungen Ottomanen (Kemal Pascha u.a.), in der sich die führenden Figuren der revolutionären kulturellen und literarischen Europäisierung der Türkei nach 1859 versammelten. Zum anderen dem Pan-Islamismus, dem Produkt des afghanischen religiösen Denkers und Reformers (Jemal al Din Afghani, 1839-1897), der für eine Reinigung des islamischen Glaubens und seiner Praktiken und für die Befreiung der islamischen Länder von der christlich-europäischen Dominanz und die Vereinigung aller Moslems in einem starken Staat oder einer Föderation eintrat. Dieser Pan-Islamismus wurde unter muslimischen Jugendlichen Ende des 19. Jahrhunderts sehr populär.

Gasprinsky gründete die Zeitschrift *Tarjuman* (The Interpreter) mit dem Hauptziel, die russischen Moslems zu vereinigen; er war aber auch ein politischer und gesellschaftlicher Führer. Er vertrat drei Prinzipien der "Einheit" (Sprache, Geist, Handeln). Was die politischen Implikationen seiner Ideen anbelangt, war sich Gasprinsky darüber im klaren, daß weder das zaristische Rußland noch die osmanische Türkei im 19. Jhd. offene politische Aktivitäten dieser Art tolerieren würden. Daher war er sehr vorsichtig in seiner Haltung gegenüber Rußland.

Erst 1905 waren erstmals klare Töne einer nationalen Bewegung unter den Turken Rußlands zu hören. Die junge Generation Tataren und Aserbaidzhaner ab den 1890ern war weniger geduldig als Gasprinsky. Aus ihren Rängen rekrutierten sich die Führer einer eindeutig türkischen Nationalbewegung. 1904 erschien in der Zeitung *Türk*, die in Kairo publiziert wurde, der Artikel eines jungen tatarischen Journalisten, Yusuf Akchurin, mit dem Titel "Drei politische Wege". Dieser gilt als theoretische Grundlage für den türkischen Nationalismus. Akchurin lehnt in diesem Artikel die Theorien sowohl der türkischen Liberalen (Jung-Türken) als auch der Konservativen ab. Als "dritten Weg" schlug er die politische Vereinigung der Turk-Völker des ottomanischen und des russischen Reiches vor, sowie der türkischen Minderheitengruppen in anderen Ländern. Diese neue Lehre wurde dann Turkismus oder Pan-Turkismus genannt (in Anlehnung an den Pan-Germanismus). Akchurin hoffte, der Widerstand des zaristischen Rußland gegen diese Richtung könnte durch eine Koalition von Mächten, die dem russischen Reich feindlich gesonnen waren, überwunden werden.

der Unterdrückung von 'Kitaj' [*hei daye*<sup>73</sup>], ihnen zu helfen ist unsere Hauptaufgabe." 4. Internationale reaktionäre Kräfte mit den USA an der Spitze, die in Xinjiang unter der Maske von Demokratie und Freiheit Infiltration und umstürzlerische Aktionen durchführen [...].<sup>74</sup>

Immerhin konzidiert der Verfasser dieses Artikels, daß es daneben auch in Xinjiang selbst eine "kleine Zahl Separatisten" gibt. Als Motiv für Loslösungsbestrebungen wird aber nur das Problem der Verfügung über die natürlichen Ressourcen der Region aufgeführt.<sup>75</sup> Als konkrete Maßnahmen gegen separatistische Tendenzen schlägt der Autor vor, die "sozialistische und patriotische Erziehung" vor allem unter den Jugendlichen zu intensivieren, die Einfuhr von Publikationen, Videokassetten usw. stärker zu kontrollieren und die chinesische Verfassung sowie die Autonomiegesetze zu propagieren. Schließlich wird in dem Artikel auch auf den Zusammenhang zwischen Stabilität und Wirtschaftsentwicklung hingewiesen, denn durch die Erhöhung des Lebensstandards in der Region, so der Autor, ließen sich negative Einflüsse aus dem Ausland zurückdrängen.<sup>76</sup>

Aus solchen Ausführungen wird die Interpretation deutlich, die von der veröffentlichten chinesischen Meinung verbreitet wird: Die eigentlichen Drahtzieher separatistischer Aktionen sind feindliche Kräfte im Ausland; sie beeinflussen die Bevölkerung Xinjiangs durch die Einfuhr anti-chinesischer (gleich reaktionärer) Druckerzeugnisse und schüren Unruhen in der Region, über deren wirklichen Zweck die Mehrheit der Teilnehmer gar nicht im Bilde ist. - Das zuletzt genannte Erklärungsmuster war auch nach den Ereignissen auf dem Tiananmen-Platz im Juni 1989 ein fester Bestandteil der chinesischen Berichterstattung.

Gerade seit Beginn der Wirtschaftsreform Ende der 70er Jahre haben sich aufgrund der damit einhergehenden größeren Freiheit ethnische und religiöse Spannungen in der AR Xinjiang wieder stärker Ausdruck verschafft.<sup>77</sup> Bereits Anfang der 80er Jahre gab es Unruhen nicht nur unter den Uiguren, sondern auch unter den während der Kulturrevolution zwangsweise nach Xinjiang umgesiedelten Han-Chinesen, die keine Erlaubnis zur Rückkehr an die Ostküste erhielten.<sup>78</sup> Zeitgleich mit den Demonstrationen von Studenten in Beijing 1985 stellten Studenten in Urumqi die Forderung auf, die Atomtests zu beenden, Han-Funktionäre durch gewählte Minderheitenkandidaten zu ersetzen, keine kriminellen Han-Chinesen mehr in Xinjiang zu internieren, die zwangsweise Familienplanung abzuschaffen und im Ausland studieren zu können.<sup>79</sup> Als im Frühjahr 1989 die Studentendemonstrationen in Beijing stattfanden, gab es in Urumqi Sympathiekundgebungen für die Hungerstreikenden auf dem Tiananmen-Platz, aber auch Proteste, die sich gegen ein kurz zuvor in Shanghai erschienenes Buch richteten, das sich über Sexualpraktiken von Muslimen ausließ.

Der bislang größte Zwischenfall ereignete sich im April 1990 in Baren bei Kashgar. Anlaß war ersten Berichten nach, daß die Behörden den Weiterbau von nicht genehmigten Moscheen

<sup>73</sup> *Hei daye* soll die lautliche chinesische Umschrift für das russische *Kitaj* (China) sein und wird als abfällige Bezeichnung der Uiguren für die Chinesen benutzt.

<sup>74</sup> Xu Xifa: "Guanyu Xinjiang minzu fenliezhuyi wenti de shehuixue sikao" (Soziologische Überlegungen zum Problem des ethnischen Separatismus in Xinjiang), *Xinjiang Daxue Xuebao*, Vol.20, No.2 (1992), S.13-19; hier: S.13. Die Personennamen in diesem Text sind nur in chinesischen Schriftzeichen angegeben; soweit dies möglich war, wurde die westliche Schreibung in eckigen Klammern hinzugefügt.

<sup>75</sup> Siehe Xu Xifa: "Guanyu Xinjiang minzu fenliezhuyi wenti de shehuixue sikao", S.15.

<sup>76</sup> Siehe Xu Xifa: "Guanyu Xinjiang minzu fenliezhuyi wenti de shehuixue sikao", S.18-19.

<sup>77</sup> So auch Lillian Craig Harris: "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", S.117.

<sup>78</sup> Siehe June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.47.

<sup>79</sup> Siehe June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.49.

untersagt hatten.<sup>80</sup> Bei den Auseinandersetzungen zwischen - offenbar bewaffneten - Demonstranten und Polizei- und Militäreinheiten gab es nach offiziellen Angaben 22 Tote und 13 Verletzte; außerhalb Chinas wurde die Zahl der Opfer allerdings weit höher beziffert. Die Medien in Xinjiang berichteten ausführlich über diese Ereignisse, die offiziell als "konterrevolutionäre bewaffnete Rebellion" bezeichnet wurden<sup>81</sup> und in den darauffolgenden Monaten eine Reihe von Überprüfungs- und Reorganisationsaktionen nach sich zogen.<sup>82</sup>

Im Februar 1992 kamen bei einer Bombenexplosion in Urumqi sechs Menschen ums Leben und es gab zahlreiche Verletzte.<sup>83</sup> Dieser Anschlag wurde von chinesischer Seite islamischen Separatisten zugeschrieben; dagegen schließt das Organ der Exil-Uiguren in Deutschland nicht aus, daß es sich um das Werk chinesischer Provokateure handelt.<sup>84</sup>

Auch im Jahr 1994 wurde erneut über Unruhen in Xinjiang berichtet. Allein für die Monate September und Oktober listet die Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* fünf verschiedene Demonstrationen und Streiks in Urumqi, Yining, Kashgar, Aksu und dem Ölfeld Karamay auf, an denen sich bis zu 15.000 Menschen beteiligt haben sollen. Als Reaktion sei Anfang Oktober vom Staatsrat und der Zentralen Militärkommission eine Untersuchungsgruppe entsandt worden, um das Chaos beizulegen.<sup>85</sup>

Inner- und außerhalb Xinjiangs gibt es eine Reihe von Gruppierungen, die bereit sind, sich mit verschiedenen Mitteln für die Befreiung Xinjiangs einzusetzen bzw. für diese zu kämpfen. Das *Ostturkistanische Nachrichtenbulletin* benannte in der Ausgabe vom Oktober 1994 als die "fünf wichtigsten Oppositionsgruppen in Ostturkistan": die Islamische Partei Ostturkistans (unterstützt von "religiösen Persönlichkeiten, konservativen Kräften und Bauern"), die Revolutionäre Volkspartei Ostturkistans (vorwiegend Intellektuelle, Schriftsteller und fortschrittlich gesinnte Studenten), die Unabhängigkeitsorganisation Ostturkistans (junge Bauern, arbeitslose junge Uiguren und Beamte), die protürkische Partei der Grauen Wölfe Ostturkistans (junge Intellektuelle, Lehrer und Studenten) und die Befreiungsfront Ostturkistan (uigurische Arbeitslose, Bauern und Intellektuelle). Diese Organisationen, die jeweils in bestimmten Städten konzentriert sind, seien, so heißt es, Ende September 1994 in Yining/Ghulja zu einem geheimen Treffen zusammengekommen, um über Kooperation und Koordination zu beraten.<sup>86</sup> Über Anhängerschaft und Popularität dieser Gruppen gibt es allerdings keine Informationen.

Ein weiterer Komplikationsfaktor besteht darin, daß mindestens 285.000 Uiguren in den zentralasiatischen Staaten leben - die Mehrheit in Kasachstan, aber auch in Usbekistan und Kirgisien. Diese Uiguren haben sich teilweise in Gruppierungen organisiert, deren "anti-chinesische" Aktivitäten der chinesischen Regierung ein ständiger Dorn im Auge sind. Verschiedentlich wurden seit der Auflösung der Sowjetunion Treffen von Exil-Uiguren in Almaty abgehalten, zu

<sup>80</sup> Siehe dazu beispielsweise Robert Delfs: "Distant smoke", *Far Eastern Economic Review*, 19.4.1990, S. 10-11; sowie June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.50.

<sup>81</sup> Siehe z.B. Fernsehsender Xinjiang, 21.4.1990 nach *SWB FE/0745* (23.4.90), B2/8-9; sowie Fernsehsender Xinjiang, 22.4.90 nach *SWB FE/0746* (24.4.90), B2/1-3. Zur offiziellen chinesischen Darstellung der Ereignisse siehe den Bericht vor dem Ständigen Ausschuß des Regionalen Volkskongresses in *Xinjiang Ribao*, 26.5.90 nach *SWB FE/0821* (20.7.90), B2/1-5. Diesen Bericht greift - als "streng geheim" - nochmals auf Zhi Yun: "Xinjiang 'si.wu' wuzhuang baodong neimu" (Interna des bewaffneten Aufstandes vom "5.4." in Xinjiang), *Zhengming*, April 1994, S.32-34.

<sup>82</sup> Siehe *Xinjiang Ribao*, 12.10.90 nach *SWB FE/0915* (7.11.90), B2/2-3.

<sup>83</sup> Siehe June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.51.

<sup>84</sup> Siehe dazu *Ostturkistanisches Nachrichtenbulletin [ONB]*, 2.Jahrgang, No.2 (April 1992), S.1.

<sup>85</sup> Ye Lie: "Xinjiang duo shi zai xian baoluan" (Wieder Aufruhr in vielen Städten Xinjiangs), *Zhengming*, November 1994, S.32-33.

<sup>86</sup> Siehe "Oppositionsgruppen koordinieren ihre Tätigkeit", *ONB*, 4. Jahrgang, Nr.4 (Oktober 1994), S.2.

denen auch der mittlerweile über neunzigjährige Isa Yusuf Alptekin, eine der führenden Figuren der "Republik Ostturkestan" in den 40er Jahren, aus Istanbul eingeflogen wurde. Die russische Presse berichtet über zwei uigurische Organisationen in Zentralasien: die "Vereinte Nationale Revolutionäre Front Ostturkestans", deren Führer Jusufbek Muchlisi nicht an eine Lösung des Problems Ostturkestan mit friedlichen Mitteln glaube, und "Freies Uiguristan" unter Aschir Vachidov, der eher darauf setze, die Weltöffentlichkeit über die UNO auf die Xinjiang-Frage aufmerksam zu machen. Beide sollen Kontakte zur uigurischen Untergrundbewegung in Xinjiang unterhalten.<sup>87</sup>

Uiguren betätigen sich beispielsweise auch in der kasachischen Umweltbewegung "Nevada-Semipalatinsk", und während des Besuches des chinesischen Premierministers Li Peng in Almaty im April 1994 soll es eine Protestaktion gegen die chinesischen Atomversuche in Lop Nor vor der chinesischen Botschaft in Almaty gegeben haben.<sup>88</sup> Zeitgleich mit dem Aufenthalt des chinesischen Staatspräsidenten, Parteisekretärs und Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission Jiang Zemin im September 1994 fand in Moskau nach einer russischen Pressemeldung eine Veranstaltung der Gesellschaft für Menschenrechte in Mittelasien statt, auf der der oben erwähnte Jusufbek Muchlisi die chinesische Politik in Xinjiang als Völkermord am Uigurischen Volk bezeichnete.<sup>89</sup>

Während des Staatsbesuches von Li Peng haben sich die Präsidenten der zentralasiatischen Republiken gegen jede Form von Separatismus ausgesprochen und erklärt, keinerlei "anti-chinesische Aktivitäten" auf ihrem Territorium dulden zu wollen, in der Praxis aber scheint dies nur zu bedeuten, daß sich uigurische Organisationen nicht registrieren lassen dürfen.

Außerdem haben sich verschiedene Exilorganisationen von Uiguren oder mit uigurischer Beteiligung gebildet, so ein bereits im Jahr 1985 gegründetes gemeinsames Komitee der Völker Tibets, Ostturkestans und der Inneren Mongolei, das regelmäßig Konferenzen abhält und versucht, auf internationaler Ebene Aufmerksamkeit und Unterstützung zu bekommen.<sup>90</sup>

## 5.2. Ressourcenausbeutung

Ethnische Spannungen in Xinjiang sind verwoben mit der Frage der Rohstoffe in der Region: Auf der einen Seite erhält die AR erhebliche Subventionen von der Zentrale; andererseits existiert die Wahrnehmung in der Region, daß das Zentrum sie ohne adäquate Entschädigung ihrer Rohstoffe beraube.<sup>91</sup> Der oben zitierte chinesische Artikel über Separatismus in Xinjiang identifiziert dies als eines der Hauptmotive für Loslösungsbestrebungen. Die Frage der wirtschaftlichen

<sup>87</sup> Siehe Igor' Rotar: "Étničeskaja bomba na severo-zapade Kitaja. Pojavitsja li na karte mira novoe sredneaziatskoe gosudarstvo?" (Die ethnische Bombe im Nordwesten Chinas. Entsteht auf der Weltkarte ein neuer mittelasiatischer Staat?), *Nezavisimaja Gazeta*, 3.8.1994, S.1 u. 3.

<sup>88</sup> Siehe Ostankino Fernsehkanal 1, 27.4.94 nach *SWB FE/1985* (30.4.1994), G/3 und AFP-Meldung in *Süddeutsche Zeitung* vom 28.4.94.

<sup>89</sup> Siehe Mechman Gafarly: "Peking provodit politiku genozida protiv ujugurskogo naroda" (Peking betreibt Politik des Völkermordes gegenüber dem uigurischen Volk), *Segodnja*, 6.9.1994, S.5.

<sup>90</sup> Siehe dazu u.a. "Zusammenarbeit der exilierten Mongolen, Tibeter und Uiguren", *Ca*, Oktober 1994, S. 1036-37, sowie "Erste internationale Konferenz des Vereinten Komitees", *ONB*, 4. Jahrgang, No.4 (Okt. 1994), S.4-5.

<sup>91</sup> Nach Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.138 erhält Xinjiang über 50% seiner Ausgaben als Zuwendungen von der Zentralregierung. Nach Takashi Sugimoto: *The Political Stability of Ethnic Regions in China. A Methodological Study*, S.16, betrogen z.B. die Einnahmen Xinjiangs pro Kopf der Bevölkerung im Jahr 1990 145 Yuan, die Ausgaben 319 Yuan.

Ausbeutung Xinjiangs ist unter den Konfliktbereichen dasjenige Problem, das auch von der politischen Führung der AR aufgegriffen und gegenüber der Zentralregierung vorgetragen und beanstandet wird - mit der Zielsetzung einer gesellschaftlichen Stabilisierung für das Gebiet: Der ebenfalls bereits zitierte Song Hanliang sieht es als Benachteiligung der Region, daß gerade für ihre landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse (Baumwolle, Zucker und Ölfrüchte) sowie für ihre Rohstoffe (Erdöl, Kohle, Erdgas) noch keine Preisfreigabe erfolgt ist und die staatlich festgelegten Ankaufpreise in keiner Weise ihre Knappheit widerspiegeln.<sup>92</sup>

In den Verhandlungen zwischen Xinjiang und Beijing Ende der 80er Jahre war daher einer der umstrittenen Punkte die Erschließung der Erdölvorkommen der Region. Konkret ging es dabei um Fragen wie die Richtung einer zu bauenden Pipeline, ausländische Beteiligung an der Förderung, welches Verfügungsrecht und welchen Anteil die Region am geförderten Erdöl haben sollte, wieviel davon in Xinjiang verarbeitet werden und wieviel vom Profit in der Region verbleiben soll. Im Herbst 1990 sah der Kompromiß zwischen Region und Zentrale schließlich vor, daß Beijing die Kontrolle über das Erdöl Xinjiangs behalten würde und eine Pipeline in Richtung Osten zur Versorgung Shanghais und den Export gebaut werden sollte. Dafür wurde Xinjiang neben einem entsprechenden Gewinnanteil das geförderte Erdgas zur Verarbeitung in einem petrochemischen Komplex und zur Industrialisierung überlassen. Schließlich kündigte Li Peng Ende 1990 auch die Zustimmung zur "Öffnung" der Erdölförderung in Xinjiang für ausländische Firmen an - eine Möglichkeit, die bis zu diesem Zeitpunkt stets zurückgewiesen worden war.<sup>93</sup>

Für die Zeit der Wirtschaftsreform insgesamt kommt Lillian Craig Harris zu dem Schluß, daß die Zentralregierung den Grad der wirtschaftlichen Ausbeutung der Region verringert und erstmals akzeptiert hat, daß sie zu Zugeständnissen bereit sein muß, wenn sie die Loyalität der Region gewinnen will.<sup>94</sup>

Die Vorstellung, daß Xinjiang keinen angemessenen Gegenwert für seine Rohstoffe bekommt, und daß diese - insbesondere die Erdölvorkommen - auch ein Überleben als unabhängiger Staat ermöglichen und sichern könnten, wird durch ein größeres Entgegenkommen Beijings aber nicht zwangsläufig beseitigt.

### 5.3. Religionspolitik

In der Religionspolitik setzte mit Beginn der Reformperiode Ende 1978 ebenfalls eine gewisse Lockerung ein. So wurden z.B. Pilgerfahrten nach Mekka wieder erlaubt und im Jahr 1980 die Chinesische Islamische Vereinigung wieder zugelassen.<sup>95</sup> Doch gibt es weiterhin Berichte über restriktive Maßnahmen der Behörden in bezug auf die Ausübung von Religion. Da in der offiziellen Sicht separatistische Kräfte in der Region das "Banner der Religion schwingen", wie im Falle des Aufstandes in Baren, bleibt die Überwachung und Einflußnahme auf religiöse Aktivitäten Bestandteil staatlicher Politik. Beispielsweise wurde Ende 1991 eine Überprüfung des offiziellen religiösen Personals in Xinjiang durchgeführt, als deren Ergebnis 10% ihre Ämter verloren.<sup>96</sup>

<sup>92</sup> Siehe Song Hanliang: "Nuli zuohao Xinjiang de wending he fazhan gongzuo", S.1-2.

<sup>93</sup> Siehe dazu genauer Gaye Christoffersen: "Xinjiang and the Great Islamic Circle: The Impact of Transnational Forces on Chinese Regional Economic Planning", S.149.

<sup>94</sup> Lillian Craig Harris: "Xinjiang, Central Asia and the Implications for China's Policy in the Islamic World", S. 123.

<sup>95</sup> Siehe dazu Sergio Ticozzi: "Der Islam im heutigen China", *China Heute*, Vol.13, No.5 (1994), S.141-156; hier: S.147-148.

<sup>96</sup> Siehe Lincoln Kaye: "China feels the chill", *Far Eastern Economic Review*, 9.1.1992, S.14.

Im Juli 1994 verabschiedete das Ständige Komitee des Volkskongresses der AR Xinjiang neue Bestimmungen zur Kontrolle religiöser Angelegenheiten.<sup>97</sup> Beim Vergleich mit den vor etwa vier Jahren erlassenen provisorischen Regelungen kommt Brunhild Staiger zu dem Schluß, daß die neuen Vorschriften am Prinzip der staatlichen Kontrolle der Religion im Grundsatz nichts ändern, aber "[...] in Ton und Inhalt deutlich milder ausfallen."<sup>98</sup>

Zudem werden in entscheidenden Punkten Zugeständnisse an die religiösen Organisationen gemacht: Sie dürfen religiöse Schulen betreiben, und sie dürfen freundschaftliche Kontakte mit den Glaubensbrüdern im Ausland unterhalten. Es scheint, daß die chinesische Regierung ihre Taktik geändert hat. Sie hat offensichtlich erkannt, daß sie das Vertrauen der vorwiegend islamischen Bevölkerung in Xinjiang nicht durch Vorschriften, die die Ausübung der Religion drastisch einschränken, gewinnen kann.<sup>99</sup>

Vor allem die Unterhaltung privater Religionsschulen war bislang verboten, wie überhaupt religiöse Erziehung für Kinder und Jugendliche unter achtzehn Jahren. Da in chinesischen Publikationen des öfteren beklagt wurde, daß sich trotz des offiziellen Verbotes solche Schulen immer mehr ausbreiten,<sup>100</sup> könnte bei den nun verabschiedeten neuen Vorschriften auch die Intention eine Rolle spielen, durch die Genehmigungspflichtigkeit solche Einrichtungen wenigstens besser kontrollieren zu können, wenn sie doch nicht völlig zu unterbinden sind. Durch die für alle wichtigeren Projekte und Aktivitäten (Bau von Moscheen, Kontakte mit ausländischen Glaubensbrüdern etc.) einzuholende Zustimmung der Behörden wird der Auslegung und jeweiligen Handhabung der neuen Vorschriften Raum gegeben, so daß diese jedenfalls nicht als einklagbare Rechte mißzuverstehen sind.

#### 5.4. Bevölkerungspolitik

Im Zusammenhang mit der Bevölkerungspolitik in Xinjiang sorgen im wesentlichen zwei Themen für Konfliktstoff: Geburtenplanung und der Zuzug von immer mehr Han-Chinesen in die Region.

Obwohl für die Minderheiten eine sehr viel liberalere Bevölkerungspolitik gilt als für Han-Chinesen (von dieser liberaleren Politik profitieren auch die Han-Chinesen in den Minderheitengebieten),<sup>101</sup> trägt auch diese Frage zum gespannten Verhältnis zwischen Minderheiten und Partei bzw. Regierung bei. Offiziell sind in den Autonomen Verwaltungseinheiten wie Xinjiang und Innere Mongolei für Minderheiten in den Städten zwei, auf dem Land drei Kinder pro Paar gestattet.<sup>102</sup> Als Beleg für den größeren Freiraum bei der Anzahl der Kinder, den Minderheiten genießen, führt Takashi Sugimoto den enormen Zuwachs an, den z.B. Mandschus und Mongolen zwischen den Volkszählungen 1982 und 1990 zu verzeichnen hatten. Dieser wird allgemein darauf zurückgeführt, daß sich mehr Mandschus zu ihrer Volksgruppe bekannten, wobei die Bevorzugung im Hinblick auf die Kinderzahl als ein wichtiges Motiv dafür genannt wird.<sup>103</sup> Nach den Angaben des Statistischen Jahrbuches liegt Xinjiang mit einem natürlichen

<sup>97</sup> Die Bestimmungen wurden publiziert in *Xinjiang Ribao* am 6.8.94. Zur englischen Übersetzung siehe *SWB FE/2080* (21.8.94), S2/1-3.

<sup>98</sup> Siehe "Xinjiang erläßt Bestimmungen über religiöse Angelegenheiten", *Ca*, August 1994, S.786-788; hier: S. 787.

<sup>99</sup> "Xinjiang erläßt Bestimmungen über religiöse Angelegenheiten", S.788.

<sup>100</sup> Siehe z.B. Xu Xifa: "Guanyu Xinjiang minzu fenliezhuyi wenti de shehuixue sikao", S.16.

<sup>101</sup> Siehe dazu genauer Takashi Sugimoto: *The Political Stability of Ethnic Regions in China. A Methodological Study*, S.19-20.

<sup>102</sup> Siehe *Xinhua*, 17.11.90 nach *SWB FE/0928* (22.11.90), B2/10.

<sup>103</sup> Siehe Takashi Sugimoto: *The Political Stability of Ethnic Regions in China. A Methodological Study*, S. 23-24.

Bevölkerungswachstum von 14,96 pro Tausend deutlich über dem Landesdurchschnitt von 11,60 pro Tausend.<sup>104</sup>

Dennoch spielt die Frage der Geburtenkontrolle immer wieder eine zentrale Rolle in den Publikationen von Exilanten der Minderheitengruppen; dort ist von dem Versuch der chinesischen Zentrale die Rede, die Minderheitenvölker nicht nur kulturell, sondern auch physisch auszurotten.<sup>105</sup>

Eng verbunden mit der Frage der Geburtenkontrolle ist ein weiterer permanenter Konfliktherd zwischen der Minderheitenbevölkerung Xinjiangs und Han-Chinesen, nämlich die Einwanderung immer weiterer Han in die Region. Das Zahlenverhältnis zwischen Minderheiten und Han hat sich, wie Tabelle 2 deutlich zeigt, seit 1949 gravierend zuungunsten der endogenen Bevölkerungsgruppen entwickelt. Daß dies ein sehr empfindlicher Punkt ist, zeigte sich beispielsweise an den Reaktionen, als im Vorfeld des gigantischen "Drei-Schluchten"-Staudammprojekts in Sichuan, das die Umsiedlung von über 700.000 Menschen notwendig macht, die chinesische Presse meldete, der Bezirk Kashgar sei bereit, 100.000 der Umzusiedelnden aufzunehmen. Offenbar schlugen daraufhin die emotionalen Wogen so hoch, daß wenig später von Regierungsseite verkündet wurde, man habe beschlossen, die Betroffenen in der näheren Umgebung ihrer jetzigen Heimat anzusiedeln.<sup>106</sup> Wenn eine Umsiedlungsaktion von solchem Ausmaß auch nicht mehr durchzusetzen ist, so wird die Zuwanderung von Han-Chinesen in die Region doch weiter anhalten und die Minderheiten in ihrer Furcht vor einer Verkehrung der Bevölkerungsanteile zugunsten der Han sowie vor wachsendem Assimilierungsdruck bestärken.

### **5.5. Lop Nor als Testgebiet für Nuklearwaffen**

Seit 1991 führt die VR wieder mehrmals im Jahr unterirdische Kernwaffentests in Lop Nor durch. Insgesamt sind seit 1964 41 Nuklearversuche auf dem Areal durchgeführt worden. Die letzten beiden Tests fanden im Juni und Oktober 1994 statt. Internationale Proteste blieben bislang wirkungslos. Die chinesische Regierung bzw. das Außenministerium rechtfertigen die Versuche stereotyp mit dem "Nachholbedarf", den die Volksrepublik in diesem Bereich habe: Im Gegensatz zu den großen Nuklearmächten USA und ehemalige Sowjetunion habe China äußerste Zurückhaltung in der Anzahl der durchgeführten Tests geübt. Zudem beteilige es sich aktiv in Genf an den Verhandlungen über ein Abkommen für ein völliges Testverbot, das bis 1996 unterzeichnungsfähig sein soll.<sup>107</sup>

Vor allem die direkt an Xinjiang angrenzenden Länder Kasachstan und Kirgisien fühlen sich von den Auswirkungen der chinesischen Atomtests betroffen, da die vorwiegende Windrichtung den Fallout bei den früheren überirdischen Versuchen auf ihr Territorium getrieben haben soll.<sup>108</sup>

Nach seinem Besuch in China im Oktober 1993 erklärte der kasachische Präsident Nasarbajew in einem Interview mit dem russischen Fernsehen, daß er sich mit der chinesischen Führung auf die Bildung einer gemeinsamen Expertenkommission geeinigt habe, die die Auswirkungen der

<sup>104</sup> Siehe Guojia Tongjiju (Hg.): *Zhongguo tongji nianjian 1993*, S.83.

<sup>105</sup> Siehe z.B. "Gemeinsame Informationsveranstaltung bei der UN in Genf", *ONB*, 4.Jhrg., Nr.3 (August 1994), S.6 sowie "Eine Cassette aus Ostturkistan", *ONB*, 4.Jhrg., Nr.2 (Juni 1994), S.2-3; hier: S.3.

<sup>106</sup> Siehe *Zhongguo Tongxun She*, 2.12.92 nach *SWB FE/1558* (8.12.92), B2/9-10; sowie *Xinhua*, 19.12.92 nach *SWB FE/1570* (22.12.92), B2/1.

<sup>107</sup> Siehe z.B. *Xinhua*, 7.10.94 nach *SWB FE/2121* (8.10.94), G/1.

<sup>108</sup> Siehe Claus Peter Simon: "Auf ewig eine Strahlenwüste", *Greenpeace Magazin*, 1993, No.3, S.50-51.

Tests untersuchen solle.<sup>109</sup> Bislang ist aber nicht bekannt, ob eine solche Kommission tatsächlich zustande gekommen ist.

Proteste aus Zentralasien gegen chinesische Kernwaffentests sind aber nicht auf die Regierungsebene beschränkt. Wie oben bereits angesprochen, hat die ökologische Bewegung "Nevada-Semipalatinsk", die sich in der Endphase der Sowjetunion in Kasachstan mit Stoßrichtung gegen das im Norden der Republik liegende Kernforschungszentrum und Testgelände Semipalatinsk formiert hatte und eine der Hauptkräfte in der Forderung nach politischer Emanzipation von der Moskauer Zentrale wurde, den Kampf für die Schließung des Testgeländes Lop Nor mit in ihre Ziele aufgenommen.

Die Wahrnehmung, daß zwischen Semipalatinsk als Ausdruck der Politik einer Machtzentrale, die ohne Rücksicht auf ökologische Folgen eine von ethnischen Minderheiten bewohnte Region für ihre Zwecke nutzt, und Lop Nor Parallelen bestehen, liegt nahe. Auch in Xinjiang soll es im März 1993 eine Demonstration gegeben haben, bei der Teilnehmer die Absperrungen durchbrochen und auf das Gelände vorgedrungen sein sollen.<sup>110</sup>

## 6. Resümee

Es ist kaum damit zu rechnen, daß sich die oben beschriebenen Konfliktfelder in naher Zukunft einfach in Wohlgefallen auflösen werden. Einschränkungen in der Religionsausübung, Zustrom von Han-Chinesen, ökologischer Raubbau, wirtschaftliche Ausbeutung und Benachteiligung werden zweifellos Themen bleiben, die unter den Minderheiten Unzufriedenheit mit der chinesischen Herrschaft in Xinjiang schüren, die Beziehungen zu den Han-Chinesen in der Region belasten und somit als zentrifugale Kräfte wirken werden. Die politische Führung Xinjiangs greift von diesen Punkten nur einen auf und vertritt deutlich und offen regionale Interessen der Zentralregierung gegenüber: die für die Wirtschaftsentwicklung Xinjiangs wesentliche Frage der Erschließung der Rohstoffe und der Verfügung über sie. Beschleunigte Wirtschaftsentwicklung durch höhere finanzielle Zuwendungen und stärkere Unterstützung aus Beijing werden dabei als probates Mittel der gesellschaftlichen Stabilisierung dargestellt, das den anderen genannten zentrifugalen Tendenzen entgegenwirken kann.

Die seit Ende der siebziger Jahre generell festzustellende größere Freiheit - beispielsweise in der Religionsausübung - vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß die Behörden nicht zögern, gegen Unruhen und Aufstände mit Einsätzen von Polizei und Armee vorzugehen, und in ihrem Gefolge häufig restriktive Maßnahmen durchgeführt werden. In diesem Bereich sind Interessenkonflikte zwischen regionalen und zentralen Instanzen zumindest nicht nach außen manifest. Das heißt auch, daß gewährte Freiräume, selbst wenn sie in gesetzlichen Bestimmungen niedergelegt sind, nach wie vor nicht als ein für allemal gegebene Rechte betrachtet werden können.

Die wenigen westlichen Autoren, die sich mit den derzeitigen Entwicklungen in Xinjiang befaßt haben, kommen überwiegend zu dem Schluß, daß ein Mehr an Freiheiten und Möglichkeiten in der Region keineswegs zwangsläufig zu größerer Stabilität führt, sondern vielmehr die vorhandenen zentrifugalen Kräfte noch verstärken könnte. So schreibt June Teufel Dreyer:

Whether more autonomy will succeed in blunting separatist demands is problematical. If experience is any guide, it is at least as likely to induce demands for *more* concessions. [...] To the extent that minorities

<sup>109</sup> Siehe Ostankino Fernsehkanal 1, 10.11.93 nach *SWB SU/1845* (13.11.93, G/1-2; hier: G/2).

<sup>110</sup> Siehe "Angriff auf Atomtestgebiet", *ONB*, 3. Jhrg., Nr.3 (Juli 1993), S.1-2. Das *Bulletin* beruft sich dabei u.a. auf einen Bericht in der Schweizer Zeitung *Le Nouveau Quotidien*.

perceive no place for themselves in industry or politics within Xinjiang, violence is not, of course, the only alternative. However, other options may also have adverse consequences. Business dealings with fellow Muslims abroad strengthen centrifugal forces, and illegal activities, such as already-flourishing Uighur smuggling networks within China, are socially disruptive as well.<sup>111</sup>

Das grundsätzliche Dilemma, dem sich Beijing in Xinjiang gegenüber sieht, unterscheidet sich im Kern nicht wesentlich von dem, mit dem die Volksrepublik China nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Ostmitteleuropa und dem Zerfall der Sowjetunion insgesamt konfrontiert ist: Autorität und Legitimität der Führung hängen mehr und mehr vom Erfolg der Wirtschaftsreform, der Modernisierung des Landes und steigendem Lebensstandard ab. Dies bedingt eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Öffnung und damit zwangsläufig verstärkte Außenkontakte und -kommunikation. Wachsende Artikulation und Realisierungsmöglichkeiten für regionale Interessen tragen zur weiteren Aushöhlung und Aufweichung der Machtstellung zentraler Instanzen bei.

Allerdings ist eine künftige Entwicklung, bei der sich in Xinjiang separatistische Kräfte mit ihrer Forderung nach politischer Loslösung von China durchzusetzen vermögen, angesichts der Bedeutung der Region in der Wahrnehmung Beijings einerseits und der ethnischen, religiösen und kulturellen Inhomogenität und Fragmentierung innerhalb der Region andererseits unwahrscheinlich, solange eine halbwegs handlungsfähige chinesische kommunistische Partei und/oder Regierung noch über eine einsatzfähige Armee verfügen kann.<sup>112</sup>

Die Aussage Immanuel Hsüs im Zusammenhang mit der formellen Inkorporierung Xinjiangs als Provinz nach dem Sieg über Jakob Beg und den Verhandlungen mit Rußland nach 1876 könnte somit noch immer eine gewisse Berechtigung haben:

[...] Sinkiang had never been an integral part of China but remained a frontier area held by her when she was strong, lost when she was weak...<sup>113</sup>

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß auch für die aus westlicher Sicht positivste mögliche Variante eines in der Zukunft demokratisch regierten China Toleranz und Akzeptanz gegenüber Unabhängigkeitserklärungen von Gebieten wie Xinjiang oder auch Tibet nicht unbedingt als gegeben angenommen werden kann. Die im Ausland lebenden chinesischen Dissidenten und Verfechter eines demokratisch verfaßten China treten - zumindest bislang - für eine föderalistische Lösung ein,<sup>114</sup> bei der die Minderheitenregionen an der Peripherie zwar größere Autonomie hätten, aber außen- und sicherheitspolitisch weiter in das chinesische Staatsgebilde eingebunden blieben.

<sup>111</sup> June Teufel Dreyer: "The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.52.

<sup>112</sup> Zu demselben Ergebnis kommt June Teufel Dreyer: "However, the province's complete and explicit *de jure* separation from China seems unlikely except in the even more unlikely event of a collapse of the central government." ("The PLA and Regionalism in Xinjiang", S.53)

<sup>113</sup> Immaterial C.Y. Hsü: *The Rise of Modern China*, London 1970, S.388.

<sup>114</sup> Dies wurde u.a. deutlich in den Ausführungen von Yan Jiaqi, einem der führenden Vertreter der chinesischen Demokratiebewegung, bei der in New York abgehaltenen Konferenz des Vereinten Komitees der Völker Ostturkistans, Tibets und der Inneren Mongolei. Siehe "Zusammenarbeit der exilierten Mongolen, Tibeter und Uiguren", S.1036-37.

**Gudrun Wacker**

## **Xinjiang and the People's Republic of China**

Centrifugal and centripetal trends in China's north-western region

**Bericht des BIOst Nr. 3/1995**

### **Summary**

#### *Introductory Observations*

The present Report sees itself as a contribution to the discussion on the question as to whether the People's Republic of China is caught up in a similar process of dissolution as that which led to the disintegration of the Soviet Union. Widening regional disparities and growing independence of the regions as a consequence of the policy of reform could give rise to aspirations to political separation on the part of the economically most advanced provinces but also of the regions on China's periphery, most of which are populated by ethnic minorities. One of the largest and most important territorial units in this context is the Xinjiang-Uighur Autonomous Region in the Northwest of the country.

#### *Findings*

1. Xinjiang lies at the interface between China and Central Asia. This applies not only in a geographical sense but also in terms of history and population. Until the forties of this century, Chinese rule over this region, which China had conquered only in the middle of the 18th century, had been challenged time and again by attempts to set up an independent "Eastern Turkestan". Even after the foundation of the People's Republic, unrest and uprisings continued sporadically in Xinjiang.
2. Besides its strategic location, another reason why Xinjiang is important from Beijing's perspective is its rich natural resources - its agricultural produce and its mineral resources, in particular as yet undeveloped oil fields. It also serves as a settlement area for Han Chinese from the overcrowded eastern regions; and finally, the Lop Nor nuclear test facility is located in Xinjiang.
3. Xinjiang's population structure is just as complex as that in the neighbouring Central Asian republics of the former Soviet Union and is characterized by ethnic, religious and cultural variety: consisting largely of Uighurs, Hui (Chinese Muslims), Kazakhs, Kyrgyz, Uzbeks and Tajiks, the population is predominantly Muslim, but there is also a relatively large Mongol minority. In recent decades, the population figures have shifted significantly to the detriment of the minorities in the region: while Han Chinese accounted for less than 7 per cent of the population in 1949, they now make up almost 40 per cent.
4. Since the mid-eighties, the opening up towards the West has brought the economically underdeveloped region new opportunities, thus also improving its negotiating position vis-à-vis Beijing. Though Xinjiang still lags well behind the coastal provinces, it is above the national average as far as important economic indicators are concerned. In recent years, the political leadership in the region has used the difficult economic situation and its de-

stabilizing social effects as a negotiating ploy to obtain greater support from Beijing for accelerating economic development.

5. Endeavours are concentrating on the fields of infrastructure, transportation and communications, the opening and extension of border crossings, and the creation of zones of economic co-operation. These measures are intended to stimulate the region's foreign trade and to attract domestic and foreign investors. However, it will still take considerable time and funds to eliminate the bottlenecks in the transportation and infrastructure sectors. And whether the high hopes associated with the opening up of Xinjiang to Central Asia and the Middle East will then be fulfilled remains to be seen.
6. A major problem encountered in any attempt to assess the strength of separatist forces in Xinjiang today is the lack of reliable information on their numbers and on the extent of their popular support. Without doubt, there are a number of areas of permanent conflict which have repeatedly kindled demonstrations and unrest since the early eighties. The Chinese leadership identifies the instigators behind the separatist activities as being predominantly organisations with a pan-Turkic or pan-Islamic orientation operating from Turkey and from the Central Asian republics, where a large number of Uighurs live.
7. The most serious problem areas, which are likely to cause dissatisfaction with Chinese rule among the minorities as well as tension between the minorities and the Han Chinese in the future, are the issues of the exploitation of the region's natural resources without adequate compensation, restrictions on the practising of religion, family planning, assimilation pressure due to the continuing settlement of Han Chinese, and the nuclear tests which are still being carried out in Lop Nor. A firm stance of the political leadership against Beijing in defence of the region's interests can only be discerned with respect to the exploitation of the natural resources, which is of crucial importance to the region's economic development.
8. The greater freedom in religious matters and increasing latitude granted in other fields since the early eighties do not necessarily reduce the conflict potential or weaken the centrifugal forces. In the light of the importance attached to Xinjiang by the central authorities in Beijing on the one hand and the ethnic inhomogeneity within the region on the other, it is highly unlikely that demands for independence could be successfully asserted as long as the Party or the Government, respectively, continue to function at least half-way effectively and have command over an operational army.